

Sitzungsbericht

16. Sitzung der II. Session der XI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 10. Juli 1980

INHALT:

1. Eröffnung durch Präsident Dipl.-Ing. Robl (Seite 791)
2. Abwesenheitsanzeige (Seite 791)
3. Verlesung des Einlaufes (Seite 791)
4. Verhandlung:

Antrag des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1979. Berichterstatter: Abg. Kurzbauer (Seite 791); Redner: Landeshauptmannstellvertreter Ludwig (Seite 792), Abg. Pospischil (Seite 794), Abg. Prof. Wallner (Seite 799), Landeshauptmann Maurer (Seite 806), Abg. Leichtfried (Seite 815), Abg. Ing. Kellner (Seite 820); Abstimmung (Seite 822).

Antrag des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend Satzung der Landes-Hypothekbank Niederösterreich. Berichterstatter: Abg. Kurzbauer (Seite 822); Redner: Abg. Kaiser (Seite 823), Abg. Romeder (Seite 827), Abg. Prof. Wallner (Seite 829); Abstimmung (Seite 830).

Antrag des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden, Erhöhung des Haftungsrahmens um S 200.000.000 Berichterstatter: Abg. Wittig (Seite 830); Redner: Abg. Präsident Binder (Seite 830), Abg. Amon (Seite 832); Abstimmung (Seite 833).

Antrag des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend 2. Zinsenzuschußaktion für INVEST-Darlehen, Bericht über das Jahr 1979. Berichterstatter: Abg. Kurzbauer (Seite 833); Redner: Abg. Manndorff (Seite 833); Abstimmung (Seite 834).

Antrag des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend Förderungsaktion zur Verbesserung des Standards der Privatzimmer und zum Einbau von Hallenbädern in Hotels. Berichterstatter: Abg. Diettrich (Seite 834); Redner: Abg. Manndorff (Seite 835), Abg. Lechner (Seite 836); Abstimmung (Seite 838).

Antrag des Kommunalausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz Über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden geändert wird. Berichterstatter: Abg. Prof. Wallner (Seite 838); Redner: Abg. Fürst (Seite 839), Abg. Reischer (Seite 839); Abstimmung (Seite 840).

Antrag des Landwirtschaftsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf, mit dem das NÖ Naturschutzgesetz, LGBI. 5500-1, geändert wird. Berichterstatter: Abg. Krendl (Seite 840); Abstimmung (Seite 841).

Antrag des Landwirtschaftsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues, sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission der Länder; Genehmigung zur Unterzeichnung.

Berichterstatter: Abg. Anzenberger (Seite 841); Redner: Abg. Stangl (Seite 842), Abg. Wilfing mit Resolutionsantrag (Seite 845); Abstimmung (Seite 847).

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL (*um 10.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Das Protokoll ist unbeanstandet geblieben und daher als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich die Herren Abg. Bernkopf und Wedl entschuldigt.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*Ziest*):

Ltg.-213 — Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf, mit dem das NÖ Anzeigenabgabegesetz geändert wird.

Ltg.-211 — Bericht der Landesregierung, betreffend Fremdenverkehrsförderungsfonds, Bericht über das Jahr 1979.

Ltg.-214 — Bericht des Finanzkontrollausschusses des Landtages von Niederösterreich, betreffend NÖ Landwirtschaftlicher Siedlungsfonds, Projekt Primmersdorf.

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL (*nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse*): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abg. Kurzbauer, die Verhandlung zur Zahl 193 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KURZBAUER: Hoher Landtag! Ich darf berichten über die Landtagszahl 193, Bericht der Landesregierung, betreffend Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1979.

Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1979 wurde von der Landesbuchhaltung fristgerecht fertiggestellt und liegt nunmehr zur Beratung vor. Er entspricht in seinem Aufbau dem Voranschlag für das Jahr 1979.

Der Rechnungsabschluß weist in der ordentlichen Gebarung Ausgaben von 16.637.804.000 Schilling aus, die ordentlichen Einnahmen werden in gleicher Höhe ausge-

wiesen. Das ausgeglichene Ergebnis konnte jedoch nur durch die Hereinnahme von Darlehens Erlösen in der Höhe von 555,031.000 Schilling erreicht werden. Nach dem Grundbudget zuzüglich des dem ordentlichen Teil zuzuordnenden Teiles des Konjunkturausgleichsbudgets und Nachtragskredites betrug der Abgang 1.164,509.000 Schilling. Durch Mehreinnahmen und Minderausgaben bei verschiedenen Voranschlagsstellen und die Hereinnahme der Darlehens Erlöse konnte dieser Abgang hereingebracht werden.

Die außerordentlichen Ausgaben betragen einschließlich der Rücklagenzuführungen 1.198,961.000 Schilling. Da die eigenen Einnahmen einschließlich der Rücklagenentnahmen nur 353,992.000 Schilling betragen, war zum Haushaltsausgleich die Aufnahme von Darlehen in der Höhe von 844,969.000 Schilling notwendig. Beide Haushalte sind somit ausgeglichen.

Die Gesamtausgaben wie auch die Gesamteinnahmen betragen 17.836,766.000 Schilling. Das ergibt gegenüber 1978 eine Steigerung um 790,134.000 Schilling oder 4,64%.

Der Schulendstand des Landes hat gegenüber dem Vorjahr durch die Aufnahme von Darlehen und Anleihen von zusammen 1.400,000.000 Schilling unter Berücksichtigung der Tilgungen von 338 Millionen Schilling einen Nettozuwachs von 1.062,000.000 Schilling erfahren. Er beträgt nunmehr 4.866,240.000 Schilling. Dies entspricht, bezogen auf das Ausgabenvolumen dieses Jahres, 27,3%.

Der gesamte Kassenbestand vom 31. Dezember 1979 beträgt 3.411,141.000 Schilling. Er liegt um 128,352.000 Schilling unter dem des Vorjahres. Im Kassenbestand sind die Rücklagen mit einem Stand von 2.658,359.000 Schilling enthalten.

Das Verhältnis Personalausgaben der Verwaltung zu den Sachaufgaben, wobei die Landeslehrer ausgeschieden sind, betrug laut Voranschlag 23,91% zu 76,09%.

Es beträgt laut Rechnungsabschluß 22,56 zu 77,44%. Somit ergab sich auch im Jahre 1979 wieder eine Verschiebung zugunsten der Sachaufgaben um 1,35%.

Ich darf daher namens des Finanzausschusses folgenden Antrag stellen (*Ziest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht der Niederösterreichischen Landesregierung zum Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1979 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1979 wird mit Ausnahmen im ordentlichen Teil

von S 16.637,804.513,31
und im außerordentlichen Teil von S 1.198,961.875,45
sodann mit Gesamtausgaben von
S 17.836,766,388,76

und Einnahmen im ordentlichen Teil
von S 16.637,804.513,31
und im außerordentlichen Teil von S 1.198,961.875,45
mithin mit Gesamteinnahmen von
S 17.836,766.388,76

genehmigt.

Die bei den einzelnen Voranschlagsstellen ausgewiesenen Abweichungen zum Voranschlag werden genehmigt."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte abzuführen und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gemeldet ist Herr **Landeshauptmannstellvertreter** Ludwig.

Landeshauptmannstellvertreter LUDWIG: Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesbuchhaltung hat den Rechnungsabschluß für das Jahr 1979 fristgerecht fertiggestellt und die Landesregierung hat ihn in ihrer Sitzung am 10. Juli 1980 behandelt und gemäß Art. 31 der Niederösterreichischen Landesverfassung dem Hohen Landtag vorgelegt.

Der Finanzausschuß hat sich am 3. Juli sehr sachlich mit dem Rechnungsabschluß auseinandergesetzt. In formeller Hinsicht ist der Rechnungsabschluß gemäß der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 15. Juli 1974, kurz VRV genannt, erstellt worden. Er entspricht in seinem Aufbau dem Voranschlag 1979. Das gesamte Abschlußoperat ist wieder in vier Teilbänden untergebracht. Der erste Band enthält den Bericht und den Antrag zum Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1979. Hier finden Sie auch die Erläuterungen der Abweichungen der Einnahmen und Ausgaben vom Voranschlagsbetrag. Der zweite Band als Hauptteil enthält die Rechnungsabschlüsse des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes. In den Rechnungsabschlüssen dieser Haushalte finden Sie auch die im Voranschlag besonders ausgewiesenen Kredite des Konjunkturausgleichsteiles im Sinne des Abschnittes III und IX des Landtagsbeschlusses über den Voranschlag. Band drei enthält die Rechnungsabschlüsse der Untervoranschläge und der vierte und letzte Band rundet das Abschlußoperat ab. Er enthält die laut VRV geforderten Nachweise, die Leistungen für Personal, Pensionen und sonstige Ruhebezüge, Finanzzuweisungen, Zuschüsse oder

Beiträge von und an Gebietskörperschaften, den Schuldenstand und den Schuldendienst, die Vergütungen und Überweisungen, die durchlaufende Gebarung mit gesonderter Aufgliederung der Rücklagen, die noch nicht fälligen Verwaltungsforderungen und Schulden, den Stand an Wertpapieren und Beteiligungen, den Stand an Haftungen und finanzstatistische Zusammenstellungen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1979 sah Gesamtausgaben von 17.288,554.000 Schilling und Gesamteinnahmen von 15.330,914.000 Schilling, mithin einen Abgang von 1.957,640.000 Schilling vor. Durch die Genehmigung von Nachtragskrediten erhöhte sich der Ausgabenrahmen um 131,660.000 Schilling auf 17.420,214.000 Schilling und somit der Abgang auf 2.089,300.000 Schilling. Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1979 weist Einnahmen und Ausgaben von 17.836,766.000 Schilling aus. Dieses ausgeglichene Ergebnis konnte jedoch nur durch die Hereinnahme der Erlöse von Darlehensaufnahmen im Gesamtbetrag von 1.400,000.000 Schilling erreicht werden. Gegenüber dem Gesamtausgabenvolumen des Jahres 1978 ergab sich eine Steigerung um 790,134.000 Schilling, das sind 4,64%. Auch im Jahre 1979 konnte der ordentliche Haushalt durch Mehreinnahmen und Minderausgaben nicht mehr ausgeglichen werden, sodaß zur Bedeckung des Abganges Darlehens Erlöse von 555 Millionen Schilling hereingenommen werden mußten. Für den rechnermäßigen Ausgleich des außerordentlichen Haushaltes wurden Darlehens Erlöse von 844,969.000 Schilling notwendig.

Mit diesen Darlehens Erlösen von insgesamt 1.400,000.000 Schilling erfuhr der Schuldenstand, der mit Ende des Jahres 1978 3.804,000.000 Schilling betragen hatte, unter Berücksichtigung der Tilgung von 338 Millionen Schilling eine Erhöhung auf 4.866,000.000 Schilling. Bezogen auf das Ausgabenvolumen des Jahres 1979 beträgt die Verschuldung nunmehr 27,3%. Gegenüber dem Niedrigstand aus dem Jahre 1973 von 1.146,000.000 Schilling hat sich der Schuldenstand um 3.719,000.000 Schilling oder um 324% erhöht. Das Ansteigen dieses Schuldenstandes brachte natürlich auch ein Ansteigen des Zinsdienstes mit sich. Erforderte der Zinsdienst im Jahre 1973 einen Betrag von rund 82 Millionen Schilling, so mußten im Jahre 1979 401 Millionen Schilling aufgenommen werden. Dies entspricht gegenüber dem Jahre 1973 einer Erhöhung um 387%. Es war aber auch im Jahre 1979 möglich, die nicht sofort

benötigten Kassenmittel kurzfristig oder langfristig zu guten Bedingungen bei den einzelnen Kreditinstituten anzulegen. Zieht man von den Darlehenszinsen die aus der Veranlagung der Kassenbestände einschließlich der Wohnbauförderungsmittel und Wertpapiere erzielten Zinsenerträge ab, ergibt sich eine Nettoszinsbelastung von rund 403 Millionen Schilling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im folgenden möchte ich noch ganz kurz aufzeigen, wie wenig Spielraum der Finanzverwaltung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben gegeben ist. Die Zusammenfassung der Ausgaben nach Pflicht- und Ermessensausgaben soll Ihnen das vor Augen führen. Von den ordentlichen Ausgaben von 16.637,000.000 Schilling entfallen auf die Pflichtausgaben 12.628,000.000 Schilling, das sind 75,9%. Für Ermessensausgaben verbleiben lediglich 4.009,000.000 Schilling oder 24,10%. Das heißt, daß nicht einmal ein Viertel aller ordentlichen Ausgaben Ermessensausgaben sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Voranschlag für das Jahr 1979 ist entsprechend der VRV in zehn Gruppen gegliedert. Daneben enthält er auch eine Aufgliederung nach 17 Aufgabenbereichen, die Aufschluß geben über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. Ordnet man nun die Ausgaben diesen Bereichen zu, dann entfallen von den Gesamtausgaben von 17.836,000.000 Schilling auf den Hauptbereich Kultur mit den Teilbereichen Erziehung und Unterricht, Forschung und Wissenschaft Kunst und Kultur 3.876,000.000 Schilling oder 21,74%, auf den Hauptbereich Wohlfahrt (Gesundheit, Soziale Wohlfahrt, Wohnbau) 5.724,000.000 Schilling oder 32,09%, auf den Hauptbereich Wirtschaft (Straßen, sonstiger Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft, Industrie und Gewerbe und private Dienstleistungen) 2.844,000.000 Schilling oder 16,17% und auf den Hauptbereich Hoheitsverwaltung mit Landesverteidigung, Staats- und Rechtssicherheit und übrige Hoheitsverwaltung 5.351,000.000 Schilling oder 30%. In der übrigen Hoheitsverwaltung sind die Ausgaben für die Finanzschulden mit 739 Millionen Schilling, die Pensionen mit 1.524,000.000 Schilling, Bedarfszuweisungen und sonstige Zuschüsse für Gemeinden mit 720 Millionen Schilling und die Rücklagenzuführung mit 267 Millionen Schilling enthalten.

Auch ein paar Worte zu den Personalausgaben. Auf die Personalausgaben, ohne Landeslehrer, entfallen 22,56%, auf die Sachausgaben 77,74%. Gegenüber dem Voranschlag

mit 23,91% zu 76,09% hat sich dieses Verhältnis im Rechnungsabschluß zugunsten der Sachausgaben verbessert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie schon in den Vorjahren wurde auch im Jahre 1979 eine wirksame Konjunkturpolitik verfolgt. Die investitionsfördernden Maßnahmen des Budgets sind im Rechnungsabschluß mit 6.816,000.000 Schilling oder 38,21% ausgewiesen. Die Eigeninvestitionen einschließlich Kapitalaufstockungen betragen 1.102,000.000 Schilling. Die Investitionsförderung in fremden Bereichen beträgt 5.714,000.000 Schilling, hievon 2.672,000.000 Schilling für den Wohnungsbau.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, auch noch einige Zahlen aus dem Vermögensstand des Landes bringen. Das Reinvermögen des Landes mit 31. Dezember 1979, weist wie auf Seite 293 des Bandes „Nachweise“ zu ersehen ist, einen Stand von 13.792,000.000 Schilling auf. Die Vermehrung gegenüber 1978 beträgt 1.203,000.000 Schilling. Dem Zugang auf der Aktivseite von 2.242,000.000 Schilling steht ein solcher auf der Passivseite von 1.039,000.000 Schilling entgegen.

Die Forderungen haften mit 15.273,000.000 Schilling aus. Einige nennenswerte Posten aus diesen Forderungen: Die Wohnbauförderungsdarlehen stehen an der Spitze mit einem Stand von 13.215,000.000 Schilling. Die Darlehensforderungen an den Bund (Vorfianzierungen der Telefonnetze, Bundessportzentrum und so weiter) stehen noch mit 55 Millionen Schilling aus, die Darlehensforderungen der Wirtschaftsfonds mit 676 Millionen Schilling, die Darlehen aus Bedarfszuweisungen mit 87 Millionen Schilling, die Gehalts- und Pensionsvorschüsse, der Landesbediensteten und Landeslehrer mit 177 Millionen Schilling. Auf der Passivseite haben die Anleihen und Darlehen eine Nettoerhöhung von 1.062,000.000 Schilling auf nunmehr 4.866,000.000 Schilling erfahren. Die Rücklagen betragen 2.658,000.000 Schilling. Sie liegen um 260 Millionen Schilling unter dem Vorjahrsstand und bestehen zur Gänze aus Zweckerücklagen und Kreditresterücklagen.

Ich glaube daher, verehrte Damen und Herren, daß der Rechnungsabschluß ein sehr positives Bild über die Gebarung des Landes im Jahre 1979 ergeben hat. Zum Schluß möchte ich nicht versäumen, wieder meinen Dank allen jenen Bediensteten auszusprechen, die am Zustandekommen des Rechnungsabschlusses mitgewirkt haben. Mein namentlicher Dank gilt hier dem Leiter der Finanzabteilung, Herrn Vortr. Hofrat Dr. Riemer sowie

dem Herrn Vorstand der Landesbuchhaltung, Herrn Buchhaltungsdirektor Regierungsrat Arrocker und den Mitarbeitern der Finanzverwaltung und der Buchhaltungsdirektion. Mein besonderer Dank gilt aber allen Bediensteten der zehn Landesbuchhaltungen, weil sie das erforderliche Ziffernmaterial aufbereiteten. Da auch heuer wieder der Rechnungsabschluß in wesentlichen Teilen mit vermehrter Perfektion über die hauseigene Datenverarbeitungsanlage hergestellt wurde, danke ich besonders allen Mitarbeitern der Datenverarbeitung, an ihrer Spitze dem Herrn Präsidialvorstand Landtagsdirektor Vortr. Hofrat Dr. Alexander Mayer, für die ausgezeichnete Leistung. Mein Dank gilt ferner der Hausdruckerei und der Buchbinderei, die den Druck und das Binden des Abschlußoperates vorgenommen haben. Danken möchte ich schließlich auch noch den Mitgliedern des Finanzausschusses für die sachliche Beratung des Rechnungsabschlusses in der Ausschußsitzung. Ich darf nun an Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, die Bitte richten, dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1979 die Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Zum Worte gemeldet ist Herr Abg. Pospischil.

Abg. POSPISCHIL: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es steht also wiederum der Rechnungsabschluß zur Diskussion. Der ausgedruckte Bericht beweist und der Herr Berichterstatter sowie der Herr Landesfinanzreferent haben ebenfalls darauf hingewiesen, daß auch im Vorjahr die Einnahmeentwicklung den vorangegangenen Jahren gleichkommt. Die Bedeckung der ordentlichen Gebarung — gestatten Sie mir, daß ich auch auf ein paar Ziffern hinweise — war mit 15.203,000.000 Schilling veranschlagt. Die Einnahmegebühr der ordentlichen Gebarung stellt sich nach dem Rechnungsabschluß auf 16.637,000.000 Schilling. Es ergeben sich daher Mehreinnahmen in einer Größenordnung von 1.434,404.513,31 Schilling genau. Diese Mehreinnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ergeben sich natürlich zum Teil aus dem Erlös der Aufnahme von Darlehen, aber auch aus der Wohnbauförderung, wie wir nachlesen können, aus dem Beitrag des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, aus dem Ersatz des Bundes für gemeinsame Ausgaben, aus den Ertragsanteilen, den Zinsenerträgen und natürlich auch Rücklagenentnahmen.

Der Rechnungsabschluß 1979 ist also, wie ich schon gesagt habe, unter Berücksichtigung der Erlöse aus Krediten und Mehreinnahmen ausgeglichen und weist Gesamteinnahmen

und Gesamtausgaben von insgesamt 17.836,000.000 Schilling aus. Die Tatsache, daß im ordentlichen Haushalt ein Abgang von 555 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt ein solcher von 844 Millionen Schilling ausgewiesen wird, ist sicherlich nicht erfreulich, aber auch nicht sonderlich überraschend, weil ja — das hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferent selber auch wiederum betont — bereits im Voranschlag für 1979 ein Abgang von insgesamt 1.957,000.000 Schilling präliminiert war. Durch die Genehmigung von Nachtragskrediten für den ordentlichen und für den außerordentlichen Teil des Voranschlages von insgesamt 131,600.000 Schilling erhöhte sich der Gesamtabgang auf 2.098,000.000 Schilling. Da die Landesregierung ermächtigt war, zur Deckung des veranschlagten Gesamtabganges an 1.957,000.000 Schilling Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite bis zur selben Höhe aufzunehmen, war man ja auf diesen Abgang vorbereitet und — ich wiederhole das — er kommt also nicht sonderlich überraschend. Die Ausweitung von 1.957,000.000 Schilling auf 2.089,000.000 Schilling kann im Verhältnis zum Gesamtbudget als geringfügig bezeichnet werden und ist, wie ich das bereits ausgeführt habe, eben durch das Nachtragsbudget von 131 Millionen Schilling begründet.

Erfreulich ist wiederum, daß auch im Vorjahr beachtliche Mehreinnahmen erzielt werden konnten und daher in Ausführung der Ermächtigungen nicht, wie es im Voranschlag vorgesehen war, 1.957,000.000 Schilling an Krediten aufgenommen werden mußten, sondern eben nur 1.400,000.000 Schilling erforderlich waren. Das ist eine Ersparnis gegenüber dem Voranschlag von 557 Millionen Schilling oder im Rechnungsabschluß von nahezu 700 Millionen Schilling, genau 689,300.000 Schilling. Diese 689 Millionen Schilling Mehreinnahmen kommen aus den Ertragsanteilen des Bundes, aus den Zinsen, aus dem Geldverkehr, aus Bedarfszuweisungen und aus der Wohnbauförderung des Bundes, um nur die wichtigsten Einnahmen zu nennen. Allein die Ertragsanteile des Bundes und die Wohnbauförderung brachten Mehreinnahmen von nahezu 600 Millionen Schilling.

Interessant ist da nachzulesen, was der Herr Landesfinanzreferent in seiner Einbegleitungsrede zum Budget 1979 sagte. Seine Prognose ist da immer sehr interessant. Seine Prognose war, wie in den letzten Jahren zuvor, auch diesmal keine gute. Er hat sich auf die Vorgespräche zum Budget berufen und den optimistischen Wirtschaftsprognosen ganz

einfach nicht getraut, obgleich er zugeben mußte, daß im Jahre zuvor, also im Jahre 1978, die Lage auf dem Arbeitsmarkt relativ gut war, und zwar auch deshalb, weil mit Hilfe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen durch den Bund die Beschäftigung stabilisiert werden konnte. Im gleichen Atemzug mußte aber wieder ein schon gewohnter Dämpfer kommen und da meinte der Herr Finanzreferent, daß die Zahl der Arbeitslosen rein statistisch gesenkt wurde, prognostizierte jedoch, daß bei abnehmender Ausländerbeschäftigung die Arbeitslosenrate voraussichtlich auf 2,5 bis 3% steigen wird. Heute, meine Damen und Herren, wissen wir, daß er da Gott sei Dank wieder einmal nicht recht hatte. Es hat nämlich noch nie in Österreich zum Jahreswechsel und im Durchschnitt das ganze Jahr 1979 über so viele Beschäftigte gegeben. Und am 31. Dezember 1979, also gerade zu einer Zeit, wo man nicht Rekorde in der Zahl der unselbständig Beschäftigten erwartet und zählt, betrug die Zahl der Berufstätigen 2,778.865 genau. Das war wie der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger meldete, ein Beschäftigungsrekord und der höchste Beschäftigtenstand, der je zum 31. Dezember eines Jahres erhoben werden konnte. Gegenüber dem Vorjahr, gegenüber 1978, ergaben sich geradezu gigantische Veränderungen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag um 30.033 höher. Mit Ausnahme von Wien waren in allen andern Bundesländern Zugänge festzustellen und den absolut größten Zugang an Beschäftigten hatte Niederösterreich mit 12.624 Personen. 1,672.713 Männer und 1,106.152 Frauen, zusammen also 2,778.865 genau waren Ende des Jahres 1979 berufstätig und die Arbeitslosenrate betrug im Jahresdurchschnitt 1979 nicht 2,5% und schon gar nicht 3. (Abg. Amon: Aber nicht in Niederösterreich!) Auch in Niederösterreich ist es uns mit 2% Arbeitslosenrate neuerlich gelungen, die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten. Auch in Niederösterreich! (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Seien' wir froh!*) Ja, aber Sie haben prognostiziert, daß im Jahre 1979 eine Arbeitslosenrate von 2,5 bis 3% zu erwarten ist.

Wir wissen genau, daß es in anderen Industrieländern Europas in dieser Zeit Arbeitslosenraten gegeben hat von 4 und 12%. Die Arbeitslosenrate, wenn ich da einen Vergleich ziehen darf, lag zur Zeit der ÖVP-Regierung mit durchschnittlich 2,4% über dem Durchschnitt der Arbeitslosenrate der westlichen Industriestaaten, dort betrug sie nämlich nur 1,9%. Dieses Verhältnis hat sich, meine Damen und Herren, noch dazu in interna-

tional schwierigen Zeiten, völlig umgekehrt. In den Jahren der SPÖ-Regierung betrug die Arbeitslosenrate in Österreich nur 1,7% und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten von 3,7. Und wir hören ja die Meldungen Tag für Tag vom höchsten Beschäftigtenstand, der uns Monat für Monat wiederum berichtet wird durch das Statistische Zentralamt und durch den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, und da heißt es immer, dies ist der höchste Beschäftigtenstand, der je zum Stichtag eines Monats erhoben worden ist.

Eine gewisse Belebung, meine Damen und Herren, der internationalen Wirtschaft in den letzten Monaten und die Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen der Bundesregierung lassen auch die Prognose zu, daß die Arbeitslosenrate im heurigen Jahr kaum höher sein wird als 1979. Die Notwendigkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bleibt zwar bestehen, doch wird es wie dies auch Wirtschaftsfachleute immer wieder voraussagen, 1980 und wahrscheinlich auch 1981 keine schwerwiegenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt geben. 6 Millionen Erwerbslose wurden im Jahresdurchschnitt 1979 in der Europäischen Gemeinschaft gezählt, das ist gegenüber 1978 ein Anstieg um mehr als 1%. Ich habe schon betont, daß in anderen Industrienationen Westeuropas diese Zahl noch viel höher liegt und es werden uns Ziffern genannt, die sehr beunruhigend sind, weil sie zwischen 16 und 17 Millionen liegen. Allerdings verlief die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten auch durchschnittlich unterschiedlich. Ein starkes Anwachsen der Arbeitslosenzahlen meldeten da vor allem Frankreich, Italien mit 7% und Belgien mit 6%. Und da möchte ich wieder ein paar Vergleiche ziehen.

In Österreich ist im Vergleich zu 1978 die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1979 von 58.570 auf 56.719 Personen und die Arbeitslosenrate von 2,1 auf 2% gesunken und nicht, wie der Herr Finanzreferent prophezeite, auf 2,5 oder 3% gestiegen. Er hat auch noch hinzugefügt, bei Abnahmen der Ausländerbeschäftigung. Auch das stimmt nicht. Diese gute Beschäftigungssituation ist sicher mit ein Grund, weshalb bisher keine rigorosen Maßnahmen ergriffen wurden, um die Ausländerbeschäftigungsrate zu senken. In der Praxis sieht das so aus, daß die Zahl der beschäftigten Ausländer in der ersten Jahreshälfte um 2.425 oder um 1,46% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zugenommen hat.

Das Wachstum betreffend war der Herr Finanzreferent etwas vorsichtiger. Er bezog sich

da auch auf das **Wirtschaftsforschungsinstitut**, das damals ein Wachstum von etwa 3% vorausgesagt hat. Er hat aber gleich eingeschränkt wieder gemeint, na ja, das ist das **Wirtschaftsforschungsinstitut**, das Institut für höhere Studien, er sagt für das Jahr 1979 einen Zuwachs von nur 1,6% voraus. Und nun liegt auch der Jahresbericht 1979 der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa auf. Die Wirtschaftslage in Österreich, heißt es in diesem Bericht, hat sich auch im vergangenen Jahr als eine der stabilsten in Europa erwiesen. Unter den 13 westeuropäischen Industriestaaten gehört Österreich zu den seltenen Ländern, deren Wirtschaftslage trotz dem neuen Ölpreisschock von 1979 mehr oder weniger stabil geblieben ist. Auf den meisten Wirtschaftssektoren schneidet Österreich sogar am besten ab, wie man aus diesem Bericht herauslesen kann. Das Bruttonationalprodukt hat in unserem Land 1979 mit 5,2% eine Zuwachsrate weit über dem allgemeinen Durchschnitt in Westeuropa verzeichnet. Die österreichische Produktion von Fertigwaren belegt überhaupt den ersten Platz, gefolgt von Schweden und Norwegen. Die Ausfuhren, die in den meisten westeuropäischen Ländern eher schwächer waren oder gar stagnierten, haben nur in drei Ländern eine substantielle Zunahme verzeichnet. In Österreich war das 10,5% und in Finnland zwischen 8 und 9%.

Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß Österreich im vergangenen Jahr stark in die arabischen OPEC-Staaten exportierte und daß es uns vor allem gelungen ist, die Inflation und die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten. Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaftslage im Jahre 1980 sieht der ECE-Bericht weiterhin positiv. Wir können es ja selber abschätzen. Wir haben Mitte des Jahres und wir wissen ja, wie die Beschäftigungslage sich zeigt, im Vergleich allerdings mit der bevorstehenden eher negativen Entwicklung in den meisten westeuropäischen Industriestaaten, in denen sich der Ölpreisschock vom Vorjahr mit Verspätung, also erst in diesem Jahr auf die Wirtschaftslage auswirken wird. Die ECE-Experten rechnen für 1980 in den 13 westeuropäischen Industriestaaten mit einer im Durchschnitt nur sehr schwachen Wachstumsrate von höchstens 1,9%. Interessant ist da wiederum, daß die gleichen Experten auch hier ein besseres Wachstum 1980 für Österreich voraussagen und glauben, daß das Wachstum mindestens wieder 2,5 bis 3% erreichen könnte.

Besorgniserregend sind nach Ansicht der ECE die Aussichten auf die Eindämmung der

Inflation. Die Inflationsrate dürfte im Durchschnitt kaum unter 10% gegenüber 7,7% im Jahre 1979 liegen. Auch da haben wir wiederum einen erfreulichen Bericht zu erstatten. Bei 7,7% durchschnittlicher Inflationsrate in den ECE-Staaten 1979 sind die Verbraucherpreise 1979 im Jahresdurchschnitt nur um 3,7% gestiegen, damit war Österreich das preisstabilste westliche Industrieland. Sicherlich ein großer Erfolg der sozialistischen Wirtschaftspolitik in unserem Land, vor allem die Hartwährungspolitik betreffend. Natürlich wissen wir, daß die Preissteigerungsrate wesentlich höher liegt, vor allem auf Grund der stark steigenden Energiepreise. Trotzdem wird Österreich, wie wir das heute schon wissen, weiterhin zu den stabilsten Ländern zählen.

Der Stabilität, meine Damen und Herren, ist auch größtes Augenmerk zuzuwenden. Das ist auch der Grund, weshalb der Finanzminister auch 1979 darauf verzichtet hat, das Budgetdefizit deutlich zu verringern. Auch das zehnte Budget einer sozialistischen Bundesregierung beweist die beachtliche politische Stabilität in Österreich und läßt eine klare Linie erkennen, die durch Mut zum Vorrang für die Vollbeschäftigung, Mut zu politischen Reformen und Mut auch zu unpopulären Maßnahmen gekennzeichnet ist. Das heißt, daß in einer Zeit besserer Konjunkturlage auch eine Verbesserung der Budgetsituation erfolgen muß und auf mögliche Einnahmen keinesfalls verzichtet werden kann. Das überdenken des Wachstumsbegriffes, (*Abg. Auer: Keine Lohnsteuerreform!*) die Erhaltung der Vollbeschäftigung auch bei niedrigeren Wachstumsraten, eine vorsichtige Abkoppelung des Energiewachstums vom Wirtschaftswachstum werden notwendig sein. Diese Voraussetzungen, meine Damen und Herren, sind erforderlich für eine wirksame Budgetpolitik und, Kollege Auer, durch diese Budgetpolitik wird erreicht, daß auch in Niederösterreich Jahr für Jahr mehr Einnahmen erzielt werden können. Diese Situation tut dem Land auch gut. Sie selbst sagen ja auch immer, wenn es um die Einnahmensituation und um das Budget des Landes geht, daß die Bundesländer nur über eine beschränkte Steuerhoheit verfügen. Die Haupteinnahmequelle der Bundesländer fließt aus der sogenannten verbundenen Steuerwirtschaft, der der Herr Finanzreferent mißtraut, wie er sich in der Einbegleitungsrede zum Budget 1979 auch ausdrückte. Das sind aber jene Beträge, von denen das Land ausgeht. Ich wiederhole das, die Einnahmewartung bei den Ertragsanteilen war im Voranschlag 1979 mit 5.460 Millionen Schilling

eingesetzt, das ist auch nachzulesen, und in der Einbegleitungsrede hat der Herr Landesfinanzreferent auf diesen Umstand verwiesen. Aus dem Rechnungsabschluß kann allerdings abgelesen werden, daß die Einnahmen aus diesem Titel sich wesentlich höher stellen, nämlich auf 5.814 Millionen Schilling das sind gegenüber der Schätzung um 354 Millionen Schilling mehr. Obwohl die Prognose der Verbindungsstelle der Bundesländer höher lag, hat der Herr Finanzreferent um 400 Millionen Schilling unterpräliminiert und die Schätzung des Bundes nicht anerkannt, also der Schätzung mißtraut, wie er immer wieder sagt. Das ist eine Sache, meine Damen und Herren, die uns schon lange nicht gefällt. Und hier setzt wiederum unsere Kritik ein. Die Kritik an der bewußten Fehleinschätzung des Budgets in gewissen Ansätzen. In traumwandelhafter Sicherheit — ich habe dazu auch im Finanzausschuß kurz Stellung genommen — kann man Jahr für Jahr dasselbe feststellen und es sind auch immer wieder die gleichen Ansatzposten, die da bewußt unterpräliminiert werden. Das gilt für die Zinsen aus dem Geldverkehr genauso wie für die Ertragsanteile oder etwa für die Bundesförderung.

Auch bei der Wohnbauförderung gibt es Mehreinnahmen in der Höhe von 336 Millionen Schilling und dazu einige Bemerkungen: Bei der letzten Sitzung des Beirates, das war am vergangenen Montag dieser Woche, wurden die letzten Mittel als Vorgriff 1981 vergeben. Alle bis März 1979 eingereichten Anträge für den Eigenheimbau wurden erledigt. Tausende Anträge bleiben unerledigt. Bei der Sitzung im Finanzausschuß habe ich bereits auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Czettel hat vorgeschlagen, die derzeit brachliegenden Mittel in einer Größenordnung von 1.400 Millionen Schilling nochmals einzusetzen, wie das andere Bundesländer ebenfalls tun. Es müßten dadurch nicht zusätzliche Mittel aufgebracht werden und der Grund, warum der Herr Landesfinanzreferent zusätzliche Mittel ablehnt, ist ja immer der, daß er sich auf die Budgetsituation des Landes bezieht, auf die ich noch ganz kurz zu sprechen komme. Es könnten also neuerlich tausende Anträge, wenn man diese 1.400 Millionen nochmals einsetzt, erledigt werden bzw. würde das selbstverständlich auch der Bauwirtschaft guttun und der Bauwirtschaft neue Impulse geben. Es ist nämlich nicht einzusehen, daß Gelder liegenbleiben, für die der Finanzreferent zwar einige Millionen Schilling Zinsen einkassiert, für die aber soviel Bedarf ange-

meldet ist und die zwischenzeitlich nochmals natürlich auch zweckgebunden, verwendet werden können. Dadurch, daß ja die Einnahmen aus diesem Titel Monat für Monat pünktlich vom Bund kommen, ist damit kein Risiko verbunden und sind die Einnahmen sowieso gesichert. Wenn also der Herr Finanzreferent aus budgetären Gründen nicht bereit ist, zusätzliche und natürlich höchst notwendige Mittel für den Wohnbau zur Verfügung zu stellen, dann müßte wenigstens diese eben aufgezeigte Möglichkeit genützt werden.

Der Wohnbau, meine Damen und Herren, steht immer stärker im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Neue Grundideen werden abgesteckt und Überlegungen über ein neues Wohnkonzept sind höchst aktuell geworden. Eine Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz wird Neuerungen bringen. Wir wissen aber, daß die Subjektförderung, besonders aber die Annuitätzuschüsse, zu Lasten der Neubautätigkeit gehen. Es handelt sich hier schon um sehr gewaltige Summen, die letztlich von der Bausubstanz weggenommen werden. Obwohl wir uns im grundsätzlichen selbstverständlich zur Subjektförderung bekennen, gerade auch was die Wohnbeihilfe betrifft — hier müßte man in Zukunft neue Überlegungen besonders berücksichtigen —, bereitet uns die Entwicklung des Annuitätzuschusses, das möchte ich auch bei dieser Gelegenheit nicht verheimlichen, Sorgen. Wir wissen aber, daß im Zuge der Novelle diesbezügliche Überlegungen angestellt werden, die dann ein variables Vorgehen in dieser Frage nach sozialen Gesichtspunkten ermöglichen sollen.

Auch die jährliche Ausweitung der Budgetmittel durch den Bund ist erfreulich, das möchte ich bei dieser Gelegenheit neuerlich unterstreichen, und sollte auch eine Anregung für den Herrn Finanzreferenten sein. Es gibt auch eine Budgetvorschau des Bundes in der Frage der Wohnbauförderung für die nächsten Jahre. Für 1980 stehen wiederum 11,3 Milliarden Schilling zur Verfügung und im nächsten Jahr sollen es schon 14,3 Millionen Schilling sein laut Aussage von Frau Staatssekretär Dr. Eipeldauer in einer Fragestunde im Parlament, die kürzlich erst über die Bühne gegangen ist. Schon 1982 werden es 17,8 Milliarden Schilling sein und 1983 19,3 Milliarden Schilling, was doch eine sehr beträchtliche Steigerung bedeutet. Da die neue Novelle auch als Energiesparnovelle gilt und der bessere Wärmeschutz natürlich auch zu einer Verteuerung des Wohnbaues führen wird, müssen auch mehr Mittel in dieser Hinsicht zur Verfügung stehen.

Ein Kapitel, meine Damen und Herren, im Rechnungsabschluß ist die gegenseitige Deckungsfähigkeit. Ich habe auch im Finanzausschuß kurz dazu Stellung genommen und wir finden sie in allen Gruppen des Rechnungsabschlusses. Diese Vollmacht gibt dem Herrn Finanzreferenten, natürlich auch anderen Mitgliedern der Regierung, die Möglichkeit zu Verschiebungen und Transaktionen nach seinen oder ihren Vorstellungen. Als gutes Beispiel dient da wieder die Krankenanstaltenfinanzierung, ich meine die Mittel aus dem KRAZAF, die für die Abgangsdeckung gedacht sind und durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit nun verschoben werden. Der Herr Finanzreferent hat also die Möglichkeit, diese zweckgebundenen Mittel zu transferieren und den Investitionen zuzuführen. Und da stärkt er sich selber in dieser Hinsicht und meint, sie blieben zweckgebunden, sie können ja keinem andern Zweck zugeführt werden; er wolle sich auch nichts ersparen, sondern gebe diese Mittel nicht unbedingt der Abgangsdeckung, sondern den Investitionen. Wollen wir nicht wissen, daß die Gemeinden auf diese Gelder warten, gerade was die Abgangsdeckung betrifft? Vor allem für die spitalerhaltenden Gemeinden, aber auch für die Nichtspitalerhalter ist es ja auch nicht uninteressant, ob sie im Jahr um ein paar hunderttausend Schilling Mehreinnahmen haben oder nicht, wenn sie von den starken Leistungen an den NÖKAS etwas befreit werden. Wenn wir also den Gemeinden helfen wollen, dann gibt es hier die Ansatzmöglichkeit. Auf diese Art und Weise, das behaupte ich immer wieder, erspart sich doch der Herr Landesfinanzreferent etwas, weil er eben diese zweckgebundenen Mittel, die für die Abgangsdeckung geiten, für Investitionen verwendet. Es ist uns klar, daß hiezu eine Ermächtigung vorhanden ist, wir glauben aber, daß diese nicht immer den Grundsätzen gerecht wird. Jedenfalls werden wir in Zukunft dieser Angelegenheit unser besonderes Augenmerk zuwenden.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich noch bemerken, daß wir nach wie vor gerne sehen würden, wenn in den wichtigsten Ansätzen des Budgets, wie im Gesundheitswesen, in der Wirtschaftsförderung, in der Industrieförderung oder auch in der Wohnbauförderung höhere Dotierungen und zusätzliche Mittel seitens des Landes zum Einsatz kommen würden, weil dadurch zusätzliche Investitionen möglich wären und damit die Vollbeschäftigung gesichert bleibt. Das Budget, wie es auch der Rechnungsabschluß

1979 wieder beweist, würde dies ohne weiteres zulassen.

Der Schuldenstand, das haben wir schon gehört, beträgt mit 31. Dezember 1979 4.866 Millionen Schilling, das sind 27,3% in Prozenten ausgedrückt. Der Schuldendienst, das sind also die Zinsen, die Spesen und die Tilgungen, erforderte im Jahr 1979 einen Betrag von 739 Millionen Schilling und nicht 761 Millionen Schilling, wie das der Herr Landesfinanzreferent vorausgerechnet hat; das sind 4,44% der Ausgaben der ordentlichen Gebarung und nicht 5%, wie dies in der Einbegleitungsrede ebenfalls nachzulesen ist. Ich erinnere daran, daß über die Frage der Zulässigkeit der Höhe der Verschuldung schon viel diskutiert wurde. Es wurde in diesem Zusammenhang auch bereits die Obergrenze genannt, sowohl vom Herrn Landeshauptmann als auch vom Herrn Landesfinanzreferenten, und es wurde dabei befürchtet, daß es nicht verantwortet werden könnte, sollte diese Grenze überschritten werden. Meine Damen und Herren, die Grenze ist überschritten und wir tragen hierfür mit Ihnen die volle Verantwortung, weil das Verhältnis der Annuitäten zu den Erträgen aus den Steuern des Bundes und steuerähnlichen Einnahmen Niederösterreich nach dem Rechnungsabschluß 1979 noch immer im guten Limit liegt.

Freilich haben wir auch eine andere Auffassung über die Grenzen der Verschuldung einer Gebietskörperschaft. Wir haben da andere Vorstellungen als die ÖVP, das gebe ich gerne zu. Und hier halten wir es mit dem Bund (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Der alle anderen zur Kasse bittet!*) der mit seiner Wirtschaftspolitik und seiner Budgetpolitik auch ein Vorbild gibt. Das paßt nicht jedem, aber es ist so, man kann das Jahr für Jahr nachweisen. Nicht umsonst heißt es in den Berichten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Europa, daß es Österreich gelungen ist, die Inflation und die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten, und daß die Entwicklung der österreichischen Wirtschaftslage auch für das Jahr 1980 als sehr positiv angesehen werden darf. Wir bedauern, daß die ÖVP-Fraktion im Niederösterreichischen Landtag das Investitionskonzept der SPÖ für die Jahre 1980 bis 1984 negiert. Hier wäre der Grundstein gelegt für weitere Investitionen hinsichtlich einer verstärkten Wirtschaftsförderung, einer notwendigen, intensiveren Wohnbaupolitik, einer Wohnbauförderung als auch einer verstärkten Bautätigkeit im Bereich der Wasserwirtschaft, um nur einige wichtige Dinge zu nen-

nen. Wir haben auch den dementsprechenden Finanzierungsvorschlag gemacht und sind uns heute noch sicher, daß sich dieser Vorgriff auf die Zukunft, wie wir das bezeichnet haben, bezahlt gemacht hätte und daß sich dieser Vorgriff auch ohne weiteres hätte finanzieren lassen. Darum ist es an der Zeit, meine Damen und Herren, daß sich die Verhältnisse, so glauben wir, in Niederösterreich auf politischer, wirtschaftlicher und budgetärer Ebene grundlegend ändern. Jedenfalls werden wir unsere Arbeit in den nächsten Jahren darnach ausrichten. Dem Rechnungsabschluß 1979 wird meine Fraktion die Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Zum Worte gelangt Herr Abg. Prof. Wallner.

Abg. Prof. WALLNER: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ein Rechnungsabschluß debattiert wird, gibt es immer zwei Einstellungen dazu: die einen meinen, daß es sich hier um einen abgeschlossenen Zeitraum handelt, der nicht mehr zu beeinflussen ist, das Zahlenmaterial liegt vor, man kann darüber einfach zur Tagesordnung hingehen, die anderen sind eher der Überzeugung, daß es sich hier um den eigentlichen Jahresbericht handelt, aus dem vor allem abgelesen werden kann, wie das Budget eingehalten worden ist, und sie meinen, daß man diesem Augenblick ein größeres Augenmerk zuwenden sollte. Ich möchte mich gerne der zweiten Einstellung anschließen. Bevor ich aber meine eigenen Vorstellungen hier vorbringe, darf ich zu Herrn Abg. Pospischil eine grundlegende Bemerkung machen. Ich habe vor einigen Jahren einmal in Pottenstein bei einer Frauenversammlung zu sprechen gehabt. Da war ein Lichtbildervortrag angesetzt, den Ing. Holzer über Teneriffa und die Blumengestaltung dort gehalten hat. Mitten unter den Frauen ist ein alter Mann gesessen, der wurde scheinbar so gut gelobt, daß er schon ein bißchen über den Durst getrunken hatte, und jedesmal, wenn Ing. Holzer etwas über Teneriffa gesagt hat, antwortete er: „Uninteressant, mir san in Österreich!“ An den habe ich denken müssen, wie Kollege Pospischil hier seine Statistiken vorgelegt hat. Man hätte Ihnen sagen müssen: „Uninteressant, mir san in Niederösterreich!“ Nun, uninteressant ist das nicht, aber immerhin (*Abg. Kaiser: Der Vergleich hinkt aber!*) — es waren österreichische Verhältnisse, nicht aber niederösterreichische Verhältnisse! (*Beifall bei der ÖVP.*) Da fällt mir auch bitte ein, daß der große Dichter Lessing einmal gesagt hat: Wenn zwei Leute an einem Brett bohren, dann müssen

sie an einer gleich dicken Stelle bohren, weil sonst der eine im Nachteil ist. Wenn man also die österreichische Statistik und die niederösterreichische hernimmt, so ist möglicherweise eine dieser beiden Stellen nicht so leicht zu bearbeiten wie die andere, wenn wir etwa die von Ihnen immer mit vollem Recht, angezogenen Grenzbezirke hernehmen — Gmünd, Zwettl, Waidhofen. Ich darf hier meiner Erinnerung Spielraum geben: Herr Landesrat Dr. Brezovszky hat bei der Budgetrede zu 1979, also im Dezember 1978, seine Ausführungen hauptsächlich gerade auf dieses Gebiet gelenkt, und wenn wir jetzt eine Statistik hören, sollte man dabei wenigstens auch darüber etwas sagen, damit ein Vergleich gezogen wird. Im übrigen wissen wir alle, daß die Arbeitsplätze insbesondere in der Industrie verhältnismäßig stark abgenommen haben. Um etwa 1.500, höre ich. Und alles, was jetzt über Österreich gesagt wurde, sollte man auf Niederösterreich transponieren und im Niederösterreichischen Landtag vorwiegend unsere Verhältnisse darstellen. Ich komme dann noch einmal kurz darauf zu reden.

Die Herren Vorredner waren so freundlich, das gesamte Zahlenmaterial über den Rechnungsabschluß bereits bekanntzugeben. Ich möchte daher diesen Teil kurz fassen, indem ich einige Ergänzungen anbringe. Natürlich ist es schön, daß sich Mehreinnahmen ergeben. Aber auch Herr Abg. Pospischil hat gesagt, daß diese Mehreinnahmen sich ja zu einem Großteil aus den Darlehen zusammensetzen, das heißt also einer Scheinvermehrung, und aus den Rücklagenentnahmen. Natürlich gibt es eine ganze Reihe anderer Gegebenheiten, die hier richtig aufgezählt wurden. Ich würde sagen, daß man daneben gerade bei diesem Rechnungsabschluß noch in Anspruch bringen muß, daß es sich hier um einen Übergang handelt, weil zum ersten Mal der neue Finanzausgleich in Kraft getreten ist, und daß er daher auch eine große Anzahl von Mindereinnahmen gibt, ebenso eine große Anzahl von Posten, wo es überhaupt keine Einnahmen gibt, weil sie gestrichen wurden und weil an ihre Stelle andere Lösungen gesetzt wurden. Das ist im Finanzausgleich geregelt und hier zum Tragen gekommen. Daß die Ausgaben nur um 416 Millionen Schilling gestiegen sind, zeigt, daß bei der Verwaltung des Budgets die Finanzverwaltung sich streng in ihrem Rahmen gehalten hat. Daß der eigentliche Abgang auf die Schuldenaufnahme eingeschränkt werden konnte, nämlich auf 1,4 Milliarden Schilling, das ist eine Verengung, die uns, glaube ich, auch wesentlich sein muß und die wir begrüßen müssen. Die Rücklagen

können wir bei unserer Betrachtung, falls es sich um eine Verbesserung handeln sollte, insofern etwas außer acht lassen, als sie zweckgebunden sind und das, was mit ihnen jetzt nicht geschieht, irgendwann ein anderesmal geschehen muß. Eine Ausweitung auf diesem Gebiet wie bei freien, verfügbaren Rücklagen, gibt es hier ja nicht. Ebenso, wie auch schon gesagt wurde, daß das Land keinen Gebührenhaushalt besitzt, daß es also nicht wie bei den Gemeinden ist, bei denen gewisse Schulden anders zu werten sind als andere. Beim Land ist das eben alles echtes Fremdkapital, das von der Masse bezahlt werden muß, das aber nicht über eigene Einnahmen dazu abgedeckt werden kann.

Nun erhebt sich die Frage: ist das ein guter Rechnungsabschluß oder ist das ein schlechter Rechnungsabschluß? Das wird davon abhängen, was für eine Position man einnimmt. Einmal sind da Mehreinnahmen, das ist angenehm. Er ist ausgeglichen, das ist ebenfalls angenehm. Es ist eine Senkung des Abganges eingetreten, das ist auch schön. Man wird also von diesem Standpunkt aus sagen — folglich ist der Rechnungsabschluß gut und es ist dafür dem Finanzreferenten zu danken, der für ihn zuständig ist. Das tue ich! Es ist der Verwaltung zu danken, die das ganze Jahr daran gearbeitet hat, daß das, was der Landtag beschlossen hat, umgesetzt, aber auch in seinen Grenzen gehalten wird. Ich möchte hier dem Herrn Finanzreferenten sagen, daß er jene Stellung einnimmt, die für eine solche Position gut ist, daß er hinter den Zahlen immer die Menschen sieht und die Notwendigkeiten, daß er aber daneben auch über eine entsprechende Härte verfügt, wenn es darum geht. Anordnungen, die gegeben sind, einzuhalten. Ansonsten würde die Abwicklung von einem Budget ja etwas kompliziert werden. Freilich sind diese positiven Erscheinungen auch ein bißchen mit einer Einschränkung zu versehen. Es sind da Sperren drinnen, es wurde der Konjunkturausgleich nicht zur Gänze ausbezahlt und es erfolgten eine Reihe von Minderausgaben: das ist als Einschränkung zu betrachten. Weiters könnte natürlich jemand sagen: wenn wir den Rechnungsabschluß von der Seite anschauen, daß eine Steigerung der Schulden eingetreten ist, daß es eine immer geringere Bewegungsfreiheit gibt, daß wir eigentlich, wie das gesagt wurde, bereits jene Grenze der Annuitätenleistungen erreicht haben, die der Rechnungshof gesetzt hat — und wenn wir auch alle der Meinung sind, daß das vielleicht etwas eng gesetzte Grenzen sind, so ist das doch immerhin ein Signal, so wie wenn jemand fährt

und sein Reservetank aufzuleuchten beginnt und aufmerksam macht, er sollte wieder einmal eine Tankstelle aufsuchen, weil sich sonst Schwierigkeiten ergeben könnten — und daß letzten Endes ja auch die Sperren gewisse Nichtdurchführungen bedeuten, so kann man feststellen, daß der Rechnungsabschluß gar nicht so glücklich ist. Ich möchte daher für mich folgende Formulierung versuchen: Manchmal spricht man davon, daß man Glück im Unglück hat, und meint damit, daß das Glück eigentlich schon gar kein richtiges Glück mehr ist, sondern nur ein kleines Unglück. Und in diese Richtung bewegen wir uns bei den Budgets und bei den Rechnungsabschlüssen. Die Einnahmen werden ohne Zweifel noch immer mehr, aber sie sind eigentlich schon zu wenig, um das alles abzudecken, was notwendig ist, und die Annäherung zwischen der budgetierten Post und dem tatsächlichen Eingang wird immer größer. Das heißt also, die Entwicklung geht darauf hin, daß alles weniger wird. Nun habe ich mir zu Herzen genommen, was Kollege Zimper jetzt einmal gesagt hat, daß unsere Partei mehr vom Optimismus und vom Herz getragen werden soll. Dabei fällt mir eine Geschichte ein, weil es um den Pessimismus geht. Ein Kollege, der unter Haarausfall zu leiden hatte, mußte im Ernst befürchten, daß er in absehbarer Zeit eine Glatze bekommt. Um den Haarausfall zu verhindern, hat er sich schon vorher immer eine scheren lassen, ohne dabei zu bedenken, daß er den Zustand, der sonst erst in zehn Jahren eintreten würde, schon jetzt herbeigeführt hat. Nun, das ist sicherlich bei einem solchen Pessimismus auch der Fall. Es wäre genug Zeit, in dem Augenblick zu jammern und zu klagen, wo die Situation wirklich eintritt. Aber bitte, ein bißchen Haarpflege darf man schon vorher auch betreiben, damit sich dieser Zustand vielleicht etwas hinausschiebt.

Eine andere allgemeine Überlegung wäre nun die Frage: Hat der Rechnungsabschluß das Budget und die Schwerpunkte des Budgets erfüllt; Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig hat bei seiner Budgetrede eine Reihe von Schwerpunkten genannt. Man muß also nur die Untersuchung anstellen: Hat sich das Jahr an diese Entwicklung gehalten oder nicht? Ich sage Ja! Und das wird auch von niemandem grundsätzlich bezweifelt, wenn auch einige Kritiken hier entsprechend angebracht werden. Ich nehme diese verschiedenen Schwerpunkte her: Arbeitsplatzsicherung 6,82 Milliarden Schilling, Wohnbauförderung 2,71 Milliarden Schilling, Schul- und Kindergartenbau 190 Millionen Schilling, Sozialhilfe 1,25 Milliarden Schilling, Kranken-

stalten 0,9 Milliarden Schilling, Verkehr 900 Millionen Schilling, Gemeinden 1,71 Milliarden Schilling, Umweltschutz 138 Millionen Schilling. Es sind also die Schwerpunkte berücksichtigt worden und sie sind auch in sich richtig gewichtet. Ob sie in dem Gesamtausmaß alles, was wünschenswert wäre, erfassen können, ist hier gar nicht zu entscheiden, sondern richtet sich nach der Masse der vorhandenen Mittel. Wir alle haben den Eindruck, meine Damen und Herren, daß es langsam zu wenig wird und daß es schön und gut wäre, wesentlich mehr anwenden zu können, weil gewisse Lücken sich immer deutlicher zeigen. Nur muß man jetzt auch fragen: Wenn es so ist mit den Schwerpunkten, um was für einen Preis wurde das gemacht? Und da komme ich auf das zu sprechen, was Gegenstand bei jedem Budget und bei jedem Rechnungsabschluß ist; die Frage der Verschuldung! Natürlich ist das entstanden um den Preis einer Verschuldung! Ich nenne jetzt noch keinen Grad. Grundsätzlich bin ich der Meinung, daß man die Dinge nur mit einer Verschuldung lösen kann und stimme daher auch diesen Absichten zu. Nur muß ich eines sagen: Das, was hier immer über „defezit spending“ gesprochen wurde, auch bei der zuständigen Budgetrede für 1979, das muß man schon abklären. Denn „defezit spending“ geht immer von einem bestimmten Ausgangspunkt aus. Und dieser Ausgangspunkt verlangt von der öffentlichen Hand, daß sie in dem Augenblick Mittel ansammelt, wo das möglich ist und sie ausgibt in dem Augenblick, wo ein anderer das nicht tun kann. Das geschieht aber nicht so in Österreich, sondern diese Dinge laufen nach einem anderen Rhythmus ab. Wenn Verschuldung schon in Situationen einsetzt, in denen sozusagen die Wirtschaftslage positiv ist, dann ist ja der Ausgangspunkt dieser **Investitionsmöglichkeiten** falsch. Was würde denn dann geschehen, wenn die Wirtschaftslage schlechter wird, wenn wir wirklich Schulden machen müssen und eine Krise kommt? Ich habe jetzt in einer Zeitung gelesen, daß die neu herannahende Krise von der öffentlichen Hand mit vermehrten Investitionen gemanagt werden soll. Nun haben wir aber diese Chance ja zum Teil schon vorweggenommen, weil eben dieses Mittel schon zu einem großen Teil verbraucht sind. Wir sind hier alle der Meinung und wir brauchen dazu kein Augenzwinkern, daß sicherlich die Wirtschaft und die Gebietskörperschaft noch einiges aushalten und man ihnen etwas zumuten kann. Aber wenn man meine Damen und Herren, ein fahrendes Schiff langsam abwrackt, dann ist die Frage, wo man sich auf ihm noch

aufhalten kann. Und Leute, die damit beginnen, im Winter ihre Wohnungseinrichtung zu verheizen, haben es natürlich warm, aber es geht ihnen nachher wesentlich schlechter. Leben vom Kapital, meine Damen und Herren, ist auf die Dauer nicht gut möglich, das widerspricht jeder Erfahrung. Schulden, und das muß sich jeder, der Macht besitzt, als Verantwortung der Öffentlichkeit und der Gesellschaft gegenüber überlegen, Schulden bedeuten, daß das Morgen das Heute bezahlt und daß das Morgen möglicherweise seine Probleme dann nicht mehr lösen kann. Es bildet daher nicht die Frage, inwieweit man jemandem mit Schulden belasten kann, sondern die Frage lautet, inwieweit verhindert man die Problemlösung von morgen, weil wir heute Schulden gemacht haben und sie morgen und übermorgen bezahlen lassen wollen. Das ist die Überlegung, die bei der Verschuldung angestellt werden muß.

Es wird uns immer gesagt, meine Damen und Herren, daß der Bund die große Gnaden-sonne ist, von der lebensspendende Wärme ausgeht, und die Länder sich nur am Leben erhalten können, weil sie ihre Einnahmen vom Bund her beziehen. Das ist natürlich richtig, meine Herrschaften. Nur würde ich Sie um eines bitten: Dieses Bild von der Sonne in der Mitte und den Ländern als Planeten um die Sonne herum ist sehr gut und anzuerkennen, aber nur dann, wenn man auch die Naturgesetzlichkeit dieses Vorganges anerkennt. Das heißt, daß man nicht annimmt, daß die Sonne selber entscheiden kann, ob sie die wärmespendenden Strahlen aussendet oder nicht, sondern daß alle diese Vorgänge durch ein Gesetz gebunden sind. Dieses Gesetz ist die verbundene Steuerwirtschaft! Das ist im Finanzausgleich festgesetzt. Es ist daher keine Leistung des Bundes, daß er uns etwas zuweist, es mag eine Leistung sein, daß er es erwirtschaftet, daß es die österreichischen Steuerzahler erwirtschaften, aber daß er es uns zuweisen muß, das ist seine Pflicht! Hier handelt er einfach so wie ein Vormund für sein Mündel zu handeln hat. Der kann auch nicht seinem Mündel vorhalten, was er Gutes für es tut, wenn er die eigenen Mittel des Mündel verwendet, sondern er ist der Treuhänder. Von diesem Standpunkt aus muß man das einmal sehen.

Zum zweiten gehört hier dazu, daß sich neue Umverteilungsregeln heranzubilden. Ich würde Sie bitten, daß man das alles ohne jede Aufregung bespricht. Über solche Dinge kann man ja reden. Dieser „Umverteilungsschlüssel“ spielt sich so ab, daß die Mittel der Länder und der Gemeinden einer neuen Ein-

richtung zugewiesen werden, die eine große Faszination ausübt und von der man glaubt, daß sie ein bißchen von der Kameralistik weg in andere Zusammenhänge führt. Dieses Zauberswort heißt Fonds. Man gründet also einen Fonds. Der Verteiler dieses Fonds ist der Bund, die Mittel, die in den Fonds eingeschleust werden, sind die Mittel der Länder und der Gemeinden. Es handelt sich daher hier um gar nichts anderes, meine Damen und Herren, als um eine dirigierte Selbsthilfe. Das, was wir selber auch machen könnten, das wird in diesem Falle dirigiert. Und gerade der KRAZAF, der uns sicher mehr Mittel gebracht hat, das steht ja außer Zweifel bitte, handelt so, weil nämlich der Bund der einzige dabei ist, der sich eine echte Refundierung seines bisherigen Zuschusses verschafft. Da fällt mir wieder eine Geschichte ein. Beim Militär hat man boshafterweise von manchen Fourieren — das waren die Leute, die die Lebensmittel ausgeteilt haben — folgendes gesagt: Der Fourier hat sich eine Stange Wurst genommen, hat sie geteilt und zu seinem Gehilfen gesagt: „Die eine Hälfte gehört Dir und mir, und die andere teilen wir auf die anderen auf, aber wir nehmen uns auch noch was davon!“ Nach einem solchen Verteilungssystem handelt man hier ein bißchen, Sie sind mir nicht böse, daß ich das ein bißchen scherzhafter darstelle, damit nehmen wir dem Ganzen die Schärfe. Und mir fällt noch eine Geschichte ein, die ich selber erlebt habe: Wie ich ungefähr zehn Jahre alt war, bin ich einmal zu einem Greißler gegangen mit dem Auftrag, einen Laib Brot zu kaufen. Der hat 52 Groschen gekostet. Mit mir ist ein Mädchen unserer Nachbarin gegangen, das hat sich zehn Dekagramm Wurst gekauft, die hat 10 Groschen gekostet. Der Greißler hat das alles auf meine Rechnung geschrieben, ich habe 62 Groschen bezahlt, das Mädchen hat mir ein „Spalterl“ Wurst kosten lassen und ich habe zu Hause eine riesige Ohrfeige gekriegt, weil das Brot 62 Groschen gekostet hat. Und so ähnlich ist das hier bitte, meine Herrschaften. (*Abg. Icha: Wer kriegt die Ohrfeigen?*) Wir bezahlen die Sachen, kriegen dafür einen kleinen Anteil und dürfen dann nicht einmal schimpfen darüber. Und das soll man doch ab und zu wenigstens können, damit wir wenigstens wissen, wie die Geschichte zugeht, dann sind wir schon wiederum zufrieden und einverstanden damit.

Das nächste, was bei den Mehreinnahmen seitens des Bundes zu besprechen wäre, ist die Frage der einseitigen Veränderung des Finanzausgleiches. Nun, das sogenannte „Steuererfindungsrecht“, über das ich heute

auch noch einmal sprechen möchte, liegt gegenwärtig beim Bund. Und der Bund — ich spreche hier ausdrücklich vom Bund und Sie werden schon bemerkt haben, ich habe eigentlich noch nie „die sozialistische Regierung“ gesagt, weil ich hier ein bißchen der Meinung bin, daß diese Eigengesetzlichkeiten der Gebietskörperschaften jeden korrumpieren, der an ihre Stelle kommt, so wie früher die Landesfürsten, was immer sie vorher gedacht haben, wenn sie dort gesessen sind, auch auf einmal gewisse Interessen vertreten haben. So ist es auch jetzt, wenn man einmal irgendwo Verantwortung trägt, daß man von den Eigeninteressen dieser Stelle geformt und geleitet wird — und der Bund hat sich zu allen Zeiten, aber jetzt in besonderer Form, dieses Steuerfindungsrechtes bedient, um einseitige Veränderung von ausgehandelten Pakten herzustellen. Das sind die bundeseigenen Steuern, ich nenne hier nur ein Schreckgespenst, das auftaucht, nämlich die Quellensteuer, aber es könnten auch andere genannt werden. Das ist eine Vorgangsweise, durch die der Mitbürger belastet wird, bei der aber das Ergebnis nicht der entsprechenden Breite zugute kommt. Kommt mir vor wie seinerzeit beim römischen Ständekampf! Immer wenn die Plebejer sich ein Amt erworben haben, das die Patrizier besessen haben, haben die Patrizier geschwind etwas Neues erfunden, damit sie in der Vorhand geblieben sind. Und immer, wenn etwas paktiert wird, versucht dann derjenige, der es kann, sich um die Sache herumzupaschen und sich selber daneben eine Einnahme zu verschaffen, die er nicht aufteilen muß.

Kommt als nächstes bitte die Vorfinanzierung! Auch dazu muß man etwas sagen, wenn man über den Rechnungsabschluß spricht. Ich nenne ein Beispiel, das sowieso außer Streit steht, weil es noch gar nicht richtig angelauten ist, das ist die S 33, Krems—St. Pölten. Dort ist sie ja noch nicht in einem entsprechenden Ausmaß in Anwendung gekommen, aber das System kann man dort sehr schön zeigen. Selbstverständlich ist die Vorfinanzierung in vielen, wenigstens in manchen Fällen vernünftig. Wenn man gemeinsam etwas früher machen kann, haben ja viele einen Vorteil davon. Nur muß man sich jetzt anschauen, wie das vor sich geht. Daß man dort einmal einen verlorenen Zuschuß geben muß, sehe ich auch noch ein. Wenn also zum Beispiel eine Gemeinde eine Schule will, eine Bundeschule, daß sie einen Grund hergibt zum Beispiel, bitte sehr dafür kriegt sie ja etwas. Aber daß man bei den Straßen festgesetzt hat, pro 300 Millionen Schilling sozusagen 10

Millionen Schilling Zuschuß zahlen zu müssen, das scheint mir denn doch etwas merkwürdig zu sein. Man bezahlt, Herr Kollege Lechner, man bezahlt ein Eintrittsgeld dafür, daß man etwas tun darf. Ich habe mich so vorsichtig ausgedrückt, daß das nicht nur auf hier alleine beschränkt ist. Was richtig ist, das muß überall gelten, das ist ein klarer Fall bitte. Aber jetzt reden wir über das, was da drinnen ist. Wenn ich also beispielsweise im Kasino einen Eintrittspreis bezahle, habe ich wenigstens die Chance, etwas gewinnen zu können. Da habe ich keine Chance mehr, hier zahle ich einen Tribut. Und es wäre schön, wenn alle Stellen, die plötzlich die Möglichkeit bekommen, einen anderen ein bißchen unter Druck zu setzen, von einer Nötigung absehen würden, dann würde das Verhältnis der Gebietskörperschaften zueinander wahrscheinlich wesentlich besser werden.

Als letztes dieses Verhältnisses zum Bund steht die Frage der Subsidiarität. Wir gebrauchen dieses Wort sehr häufig und strapazieren es, aber es muß uns schon klar sein als Länder, daß hier die Entwicklung von der Subsidiarität zum Zentralismus geht, und zwar, indem man bestimmte Bahnen einschlägt, von denen es kein Zurück mehr gibt. Ich gebe dazu ein Beispiel, das eher allgemein gilt und nicht das Land unmittelbar. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder kann ich der Wirtschaft die Chance geben, daß sie selber das erbringt, was notwendig ist und bezahlt, oder aber ich kann sie zuerst in einen Zustand versetzen, wo sie bedeutende Abgaben leisten muß, in Schwierigkeiten kommt, und dann als Retter auftreten. Das ist in der Weltpolitik ja eine seit Jahrtausenden übliche Vorgangsweise, ich würde sie nach dem letzten Beispiel und ich bitte Sie, da keine Rückschlüsse zu ziehen — „Afghanisieren“ bezeichnen. Man führt einen Zustand herbei, in dem man einen Retter braucht, und erscheint dann als Retter. Die Länder bitte treten langsam einen solchen Weg der Abhängigkeit an. Vorzüglich aus den Gründen die ich hier gesagt habe und die man aus dem Rechnungsabschluß sehr schön herauslesen kann.

Lassen Sie mich noch ein Kapitel anschneiden, bei dem ich Sie bitte, ja nicht das, was ich sage — Kollege Stangl ist nicht da, ich habe vorgehabt, mich bei ihm schon vorher zu entschuldigen — als eine Belehrung aufzufassen: das stünde mir überhaupt nicht zu, denn wenn ich auch einer der Älteren hier bin, so gehöre ich doch eher zu den nicht sehr lang Dienenden, sondern bin mehr ein Anfänger. Aber mir fällt manches auf und ich möchte das einmal sagen, das habe ich mir vorgenommen. Wenn es heute um so wichtige

Probleme geht, sollte man Scheinprobleme davon trennen. Und wir haben bei der Behandlung von vielen Dingen hier in der letzten Zeit sehr stark die Scheinprobleme in den Vordergrund treten lassen und werden immer vordergründiger. Ich zähle jetzt einige auf. Eines dieser Scheinprobleme ist das gegenseitige Aufrechnen, meine Damen und Herren, von Fehlern. Normalerweise sollte man sich jeweils etwas Besseres als Vorbild nehmen, aber nicht sich gegenseitig ununterbrochen nachweisen wollen, daß der eigene Fehler kleiner ist als der des anderen. Es geht eben doch um Fehler dabei. Und wenn wir dann schon so weit kommen, wie wir bei einer dieser Diskussionen gekommen sind, daß ein Abgeordneter sagt, na ja, bei uns werden sie wenigstens schon eingesperrt, aber bei Euch noch nicht, so halte ich das für eine Vorgangsweise, die doch etwas problematisch ist. Es kommt dazu ein Hang zur Skandalisierung. Was in den letzten Wochen hier besprochen wurde, das hat doch einen derartigen Hang zur Skandalisierung gezeigt, daß man sich nur gewundert hat. Ich verstehe, daß nach dem berühmten Dichterwort „Jeder Jüngling fühlt einmal den Hang zum Küchenpersonal“, daß man sich also auch mit Dingen beschäftigt, die ein bißchen stark in die Vermutungswelt hineingehören. Aber da muß man doch wiederum einmal einen Rückweg daraus finden. Das mag politisch effektiv sein, effizient ist es bitte nicht. Und dazu kommt noch, daß diese Skandalisierung personifiziert wird: an den Herrn Landeshauptmann, an den Herrn **Landeshauptmannstellvertreter**. Es wird hier und es werden hier Feindbilder, ich nehme niemanden aus, Feindbilder aufgebaut, die sich nicht günstig auswirken können. Und wenn ich mich nicht ganz täusche, Sie werden mir es jetzt sagen, ob ich mich täusche, so habe ich bei der Rede des Herrn Bundespräsidenten, als er über diesen Punkt gesprochen hat, so ein Augenblinzeln auf das Niederösterreichische Landhaus herüber gesehen. Ich mag mich geirrt haben. Aber möglich wäre es bitte, möglich wäre es! Warum sage ich das? Ich glaube, weil das Ergebnis etwas ist, das uns allen nicht passen kann, meine Damen und Herren: Das ist ein Mißtrauen der Öffentlichkeit in den Mandatsträger, in das Mandat und letzten Endes in das System. Wenn man uns mißtraut, meine Damen und Herren, da wäre noch nicht so viel dabei, aber wenn jemand auf die Idee käme, darüber hinaus dem System langsam zu mißtrauen, das solche Dinge hervorbringt, das wäre sehr bedenklich. Ich würde mir also vorstellen können, daß wir hier wieder einmal zurückfinden. Das sind ja alles Brussi-

low-Offensiven, meine Damen und Herren. Brussilow-Offensiven, das waren die klassischen Entlastungsoffensiven des Ersten Weltkrieges. Entlastungsoffensiven dienen jemand anderem. Die Brussilow-Offensiven waren erfolglos, aber äußerst verlustreich, und das könnte auch auf einem anderen Gebiet eintreten.

Zur Frage der Kritik, mit der wir an die Dinge herangehen: Eine unbedingte Notwendigkeit für eine gesetzgebende Körperschaft. Aber diese Kritik sollte sich doch nicht in Antinomien erschöpfen, das heißt, wenn einer A sagt, muß der andere B sagen und wenn der andere B sagt, muß der eine A sagen. Das wäre ja nichts mehr, das ist keine Kritik mehr. Sie sollte sich auch nicht so in Einzelheiten verlieren. Manchmal habe ich den Eindruck — ich sitze da ganz draußen und habe daher die Gelegenheit, mir das von einer ganz eigenartigen Perspektive anzuschauen —, daß einem schwer Verunfallten hier die erste Hilfe gegeben wird, aber man schaut nicht nach, was er für schwere innere Verletzungen hat, sondern man schient seinen Armbruch. Das ist äußerst richtig und wirksam, aber möglicherweise stirbt derweil der Patient unter der Hand, während man die Armschiene anlegt. Und daher sollte also auch eine solche Kritik an den Kern der Sachen gehen, und besonders beim Rechnungsabschluß und beim Budget.

Der Weg, der jetzt hier durch Jahre eingeschlagen wird, der ist mir ein bißchen zu einfach, insoferne nämlich, als er heißt: mehr Schulden! Daß wir das noch eine Zeit lang aushalten, steht ja außer jeder Debatte, meine Damen und Herren, wir machen sie auch jedes Jahr. 1,4 Milliarden Schilling wurden aufgenommen! Wir können sie also nächstes Jahr und übernächstes Jahr auch wieder machen und werden sie auch machen müssen. Die Frage ist ja nur: Wo endet das? Irgendwann gibt es ja eine normale Grenze, wenn sich nicht, wie beim „defezit-spending“, das so abspielt, daß in einem Wellenhoch wiederum entsprechende Mittel angesammelt werden können, daß aufgestapelt und in einem Tief das wieder abgegeben wird. Aber wenn das nicht so ist, muß man sich doch am System etwas überlegen. Ich komme mir so vor, wenn ich uns alle ansehe, wenn Sie mir diesen Vergleich gestatten, wie der Reiter über dem Bodensee. Nur hat der einen Vorteil gehabt! Der arme Teufel, ich nehme an, sie kennen die Geschichte, ist erst draufgekommen, wie er darübergeritten war und sich umgedreht hat, was er da erlebt hat! Da hat ihn auch der Schlag getroffen. Uns müßte der Schlag ja schon vorher treffen, denn wir wis-

sen ja, daß wir über den Bodensee reiten. Das muß man in Anschlag bringen. Man kann der Wirtschaft ungeheuer viel zumuten. Wenn ich mir die Maria Theresien-Ausstellung anschau, stoße ich auch auf Friedrich II. Der hat von seinen Grenadiern das auch so verlangt, wie wir es von der Wirtschaft tun. Der ist mit seinem Stock hinten nachgegangen und hat die Burschen angetrieben. In der Schlacht bei Kunersdorf, glaube ich, war es, hat er gerufen: „Hunde, wollt Ihr ewig leben?“ Da haben aber selbst die Grenadiere gesagt: „Nein, aber für fünf Pfennig am Tag ist für heute Zeit genug!“ und sind zurückgegangen. Diese Möglichkeit gibt es auch bei der Wirtschaft. Man kann sie weit nach vorne treiben aber man soll es nicht übertreiben.

Wir müssen uns daher bitte, und damit komme ich zum letzten Punkt, die Frage nach dem System stellen. Denn einfach nur immer dasselbe zu sagen, hat ja nur solange einen Sinn, bis die Grenze erreicht ist. Und die Grenze schimmert bereits vor uns, das wissen wir alle. Wir sind alle Privatleute, wir sind alle Gemeindefunktionäre, wir sind Abgeordnete, wir wissen, daß hier überall Grenzen aufdämmern und schimmern. Es geht also darum, ein anderes System zu finden. Gibt es ein System, wie man aus der Sache herauskommen kann oder nicht, ohne daß man nur diesen Weg beschreitet? Daß man ihn auch beschreiten muß, steht ja außer Zweifel. Ich möchte drei Möglichkeiten nennen, mit denen man das reparieren kann und mit denen man operieren muß, weil es ein komplexes System ist. Da gilt es einmal zuerst die Prioritäten festzulegen. Umschichten heißt das! Da höre ich natürlich jeden schreien, wem nimmt man es weg? Verständlicherweise, denn wenn es nicht mehr wird, muß man ja jemandem etwas wegnehmen, wenn man einem anderen mehr gibt. Das ist die eine Möglichkeit. Die zweite ist, bei den Ausgaben zu sparen. Das ist ein Grundsatz, der in der Politik noch nie sehr viele Freunde in der Öffentlichkeit gefunden hat, sondern immer erst in bestimmten Augenblicken wirksam geworden ist, und man bedient sich daher seiner nicht allzu gerne. Sie können ja die Politik der letzten Jahrzehnte — verfolgen und nachschauen, wer allzu viel gewonnen hat, wenn er sagt: „Schnall den Gürtel enger und schränke dich ein!“ Das dritte ist die Frage der Einnahmen, das berühmte und berühmte „Steuererfindungsrecht“. Alle drei Maßnahmen sind unpopulär. Aber ich habe einmal gehört, — ich glaube, das war auch Herr Landesrat Brezovszky in seiner letzten Budgetrede — daß jemand gesagt hat, man muß unpopuläre Sachen machen, wenn man Dinge

in Ordnung bringen will. Ich stimme dem bei. Zu diesem Steuererfindungsrecht möchte ich jetzt einige Betrachtungen beisteuern, damit sie einmal auch überlegt werden. Erstens: die Länder haben keine Einnahmen. Wir hören das in jedem Bericht. Sie sind daher zur Gänze vom Bund abhängig. Der Föderalismus sollte sich aber nicht nur nach der Meinung vieler auf gewisse Zusammenhänge rechtlicher Natur stützen, sondern sich auch mit der Finanzhoheit beschäftigen, weil er sonst in einer immer stärkeren, praktischen Abhängigkeit vor sich geht. Außerdem wäre eine größere Bewegungsfreiheit zur Lösung der landeseigenen Aufgaben da. Das spricht einmal dafür, daß solche Einnahmen gesucht werden. Zum zweiten muß man hier gleich eine große Einschränkung anbringen: Steuererfindungsrecht ist keine Notbremse. Und ich sage jetzt einige Dinge, bei denen ich bitte, daß man sich selber darauf seinen Reim macht. Das ist keine Notbremse für Schlamperie, auch nicht für Unfähigkeit, auch nicht für eine Gefälligkeitsdemokratie, auch nicht für Demagogie und auch nicht für Fehlinvestitionen. Da hat das Steuererfindungsrecht nicht aufzutreten. Wohl aber, und das wäre das dritte, ist es als letztes Mittel zur Lösung einer absolut anstehenden und notwendigen Aufgabe der Gesellschaft oder des Staates oder des Landes in Anwendung zu bringen. Als viertes sollten wir uns noch eines überlegen, meine Damen und Herren: Wir sagen, die Großinvestoren sind die Steuererträge. Steuer heißt nicht nur Zusammenkratzen von Möglichkeiten für den Staatsfunktionär, sondern das heißt auch Beschaffung der Mittel für Investitionen, wenn sie dafür gebraucht werden und wenn sie für den richtigen Zweck eingesetzt werden. Die Länder, als fünftes, sind an diesen Dingen in den letzten Jahren interessiert gewesen. Das hängt ganz eng mit dem Problem der Landesumlage zusammen. Und daher gehört es in den Rechnungsabschluß hinein, weil nämlich 1980 bis Ende des Jahres eine Frist läuft, die sich die Finanzausgleichspartner gesetzt haben, um über die Landesumlage und einen Ersatz dieser Landesumlage zu sprechen. In Eisenstadt haben die Landesfinanzreferenten seinerzeit schon fast diese Fahnenstange ergriffen gehabt, sie wurden dann wiederum von den Herren Landeshauptleuten zurückgerufen, die nicht dieser Meinung waren. Aber die Zeit ist seither versäumt worden. Ich sage Ihnen das offen. Mittlerweile hat der Finanzminister eine ganze Reihe von Steuern eingebracht und wahrscheinlich würde, wenn die Länder auf die Idee kommen, jetzt ihr Steu-

erfindungsrecht zu wollen, das vielleicht der Tropfen sein, der das Faß zum Überfließen bringt. Es ist hier, wenn man das bespricht und überlegt, die Zeit bereits vorbeigegangen. Als sechstes träume ich, was man mit einer solchen Einnahme alles lösen könnte: Eine der bedeutenden Prioritäten unseres Abschlusses und Voranschlags ist die Lage der Gemeinden. Die Landesumlage würde den Gemeinden rückerstattet. Das bedeutet 10,5% der Finanzkraft jeder Gemeinde. Sicherlich verschieden hoch, aber es sind ja auch die Budgets verschieden. Daß mit einer solchen Landeseinnahme wahrscheinlich nicht nur dieser Entfall abgedeckt würde, wird auch klar sein. Aus dem Mehr könnten die Länder zum Beispiel jenen so oft angesteuerten Ausgleich für finanzschwache Gemeinden herbeiführen, der innerhalb der vom Gesetz zur Verfügung stehenden Mittel nicht in diesem Ausmaß möglich ist. Es könnten die Länder vielleicht ohne Darlehensaufwand gewisse Dinge erfüllen oder ihre Schulden verringern oder mit diesen Darlehensaufnahmen eben eine größere Freiheit bei der Lösung ihrer Probleme erringen. Eine ganz großzügige „Lastabschüttelung“ für die Gemeinden läge in diesem Traum, für den für mich die Zeit allerdings schon zu weit fortgeschritten ist, eine Lastabschüttelung! Siebentens erhebt sich natürlich sofort ein Einwand dagegen. Das ist die berechnete Forderung nach einem Steuerstop! Ich habe am Anfang schon gesagt, unter was für Verhältnissen so etwas auch nur denkbar ist. Aber jetzt muß man noch dazu sagen, hier müßte einmal der Bund seine Einnahmen begrenzen. Wir sehen das natürlich ein, daß der Bund seine Defizite abdecken will und wir sind ja auch daran interessiert und beteiligt. Aber es kann nicht immer nur der eine Einnahmen erheben und den anderen auf der Seite stehen lassen. Man kann den Ländern eine Möglichkeit geben. Sie würden das unmittelbarer lösen, und man könnte eine Bürgerbelastung leicht vermeiden, indem man sich möglicherweise in dieser verbundenen Steuerwirtschaft auch einmal so eine Art Emissionsrecht von Steuern zuteilt, wobei man festlegen kann, wer wann was tun darf. Selbstverständlich muß dafür die politische Verantwortung übernommen werden, und selbstverständlich könnte man als Kautelen einführen, daß eine Zweckbindung und auch eine Zeitbindung eingeschlossen ist. Denn das haben bis jetzt alle Gebietskörperschaften nicht sehr goutiert, daß zur Lösung bestimmter Dinge auch Zeit notwendig ist und daß nach dem Verstreichen dieser Zeit möglicherweise auch die Notwendigkeit für diese Steuer nicht mehr da wäre oder ein

anderer Zweck gefunden werden müßte, sondern hier hat jeder stillschweigend weitergearbeitet. Das ist eine Entscheidung, die die Länder bis Ende 1980 treffen müssen, die das nächste Budget des Landes und auch der Gemeinden entscheidend beeinflussen wird. Darum habe ich sie heute hier dazugenommen, weil man aus einem Abschluß für das nächste Budget Wesentliches entnehmen kann.

Ich darf zusammenfassen, meine Damen und Herren! Der Voranschlag ist in diesem Rechnungsabschluß verwirklicht, die Schwerpunkte sind beachtet und akzentuiert worden. Die Hauptprobleme oder das Hauptproblem, den Kernpunkt eigentlich des Voranschlags, Konjunkturpolitik, Investitionspolitik, Sicherung der Arbeitsplätze wurden durchgeführt, vielleicht nicht in einem Ausmaß, wie sich das mancher vorstellt, sondern nach den Möglichkeiten und den Gegebenheiten. Die Grenzen des Budgets schimmern durch diesen Rechnungsabschluß bereits durch, die Lösung kann im gegenwärtigen Zustand nur mit Fremdmitteln erfolgen. Diese Gegebenheiten haben eben einmal irgendwo einen Punkt, wo man anstößt und wenn jetzt wiederum eher wirtschaftlich schlechte Zeiten kommen und der Weg über die Verschuldung besritten werden muß, dann ist er zum Teil leider schon verbraucht, weil in Zeiten, wo es vielleicht nicht hätte sein müssen, hier bereits dieser Posten ausgebaut worden ist. Und da liegt jetzt eine gemeinsame Aufgabe, meine Damen und Herren, daß wir vielleicht einmal uns auch ein bißchen mit dem System beschäftigen und in einer gemeinsamen Verantwortung, wie es ja von jeder Seite her immer angeboten wird, nach neuen Lösungen gestrebt wird: Grundsätzlich und großzügig auf einige Jahre hinaus, sodaß das Leben von der Hand in den Mund vielleicht nicht mehr so notwendig ist. Ich möchte mir im Zusammenhang damit jetzt einen Ratsschlag für die Ferien gestatten und bitte Sie, das nicht als den Ausweg eines Lehrers zu nehmen, der momentan nicht mehr unterrichtet und sich daher eine Zuhörerschaft sucht: Wenn Sie, meine Damen und Herren, über die Ferien etwas lesen, bitte bevorzugen Sie volkswirtschaftliche Literatur und vermeiden Sie Skandalblätter! *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Dipl.-Ing. ROBL: Zum Worte gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Maurer.

Landeshauptmann ÖkR. MAURER: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unmittelbar nach der

Landtagswahl im Jahre 1974 habe ich dem Hohen Landtag zugesagt, alljährlich vor den Sommerferien einen Bericht über das vergangene Arbeitsjahr vorzulegen. Als geeigneter Anlaß, über das vergangene Arbeitsjahr zu berichten, erwies sich jeweils die Vorlage des Rechnungsabschlusses, und zwar sowohl aus zeitlichen als auch aus sachlichen Gründen.

Der heurige Bericht wird sich allerdings gegenüber jenen in der Vergangenheit dadurch unterscheiden, daß ich es mir ersparen kann, im Bereich der Wirtschaft zahlreiche Details anzuführen, da der Hohe Landtag erst vor vierzehn Tagen meine Beantwortung der Anfrage, betreffend Maßnahmen im Bereich der Arbeitsplatzpolitik, zum Anlaß einer ausführlichen Debatte über die wirtschaftliche Situation in unserem Bundesland genommen hat. Ziel der Wirtschaftspolitik war, ist und bleibt es, im Rahmen der Möglichkeiten des Landes einen Beitrag zur Sicherung der bestehenden und zur Schaffung der notwendigen neuen Arbeitsplätze zu leisten. Immerhin sind im Budget dieser Legislaturperiode insgesamt 40 Milliarden Schilling für arbeitsplatzsichernde Investitionen vorgesehen.

Der Landtag hat darüber hinaus am 11. Mai 1978 und am 22. November 1979 konkrete Forderungen an das Land und an den Bund gerichtet. Jene Forderungen, die an die Landesregierung gerichtet waren, sind zum größten Teil bereits realisiert: Bildung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft auf Landesebene, Bildung einer Kommission für Industriepolitik. Gezielte Fortführung der Pro Industrie-Aktion. Intensivierung und Neuregelung der Landeshaftungen mit dem Ziel, Betriebe konkurrenzfähig zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Förderung der Bereitschaft zu selbständiger wirtschaftlicher Tätigkeit. Förderung und Ausbau der Förderungsinstrumente des Landes für die Unternehmungen der mittelständischen Wirtschaft. Fortführung der Agrarpolitik mit dem Ziel, die Existenz leistungsfähiger bäuerlicher Familienbetriebe zu sichern, die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Einkommensstruktur herbeizuführen und die Infrastruktur des ländlichen Raumes zu stärken. Erstellung eines Energieversorgungskonzeptes unter Einbeziehung der Rohstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft. Erarbeitung der regionalen Struktur- und Entwicklungspläne.

Die Hauptverantwortung für die Erhaltung der Vollbeschäftigung trägt jedoch auf Grund der Kompetenzen und der Möglichkeiten der Bund. Die Landesregierung wird daher bemüht sein, unverzüglich dem vor vierzehn

Tagen einstimmig beschlossenen Ersuchen des Landtages nachzukommen, dahin zu wirken, daß im Sinne der notwendigen längerfristigen Koordination der Bundespolitik mit den Maßnahmen des Landes möglichst rasch die Vereinbarung gemäß Art. 15a des Bundes-Verfassungsgesetzes über die Zusammenarbeit im Rahmen einer offensiven regionalen Arbeitsplatzpolitik in Niederösterreich abgeschlossen wird. Erfreulich ist, daß auf Grund der wiederholten eindringlichen Vorstellungen des Landes und einiger Absprachen im Nachtragsbudget des Bundes für 1980 erstmals 50,9 Millionen Schilling für ein Waldviertel-Programm vorgesehen sind und daß auch die vom Landtag ebenfalls einstimmig beschlossene Forderung realisiert wird, ein gemeinsames Programm von Land und Bund für alle Grenzgebiete zu finanzieren und in die Tat umzusetzen. Konkret ist damit vor allem die Förderung neuer Arbeitsplätze im Grenzgebiet durch insgesamt je 100.000 Schilling — 50.000 Schilling vom Bund und 50.000 Schilling vom Land — gemeint. An den Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik haben wir stets festgehalten, und zwar keine Zwangsbeglückung zu verordnen, sondern durch die Fülle der Förderungsmaßnahmen zu Eigeninitiativen zu ermuntern.

Heute geht es mir vor allem darum, Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch allen Niederösterreicherinnen und allen Niederösterreichern an Hand einer nüchternen Analyse des ersten Jahres der neuen Legislaturperiode die Frage zu erörtern, ob unser Land für die bereits angebrochenen 80er Jahre gerüstet ist. Eine solche Analyse darf sich nicht nur auf die Frage beschränken, ob wir in den vergangenen 12 Monaten damit begonnen haben, unsere Vorhaben bis zum Jahre 1984 konsequent in Angriff zu nehmen, denn sowohl die Entwicklung in unserer Heimat als auch die laufenden Veränderungen in der weltpolitischen Szenerie konfrontieren uns ständig mit neuen Problemen, aber auch mit neuen Aufgaben. Ich glaube, wir alle stimmen darin überein, daß es eine gefährliche Illusion wäre, Österreich weiterhin als eine sogenannte Insel der Seligen zu bezeichnen, der auch im ärgsten weltpolitischen Sturm nicht beizukommen wäre und die alles aushalten würde. Sicher ist es weder eine Aufgabe des Landtages, Außenpolitik zu betreiben. Das bilden wir uns auch als überzeugte Föderalisten überhaupt nicht ein. Aber es kann und darf niemandem von uns gleichgültig sein, was in der Welt vorgeht und ob Österreich alles tut, um in einer Zeit ständig steigender Spannungen und auch einer gefährlichen Zunahme der Krisenherde die

Vorteile, aber auch die Pflichten eines neutralen Staates voll und ganz zu wahren.

Mag sein, daß diese Sorge Niederösterreich mehr berührt als andere Bundesländer. Immerhin liegen mehr als 400 Kilometer unserer Grenze unmittelbar am sogenannten Eisernen Vorhang. Deshalb war es auch kein Zufall, daß Niederösterreich in einem Ausmaß wie kein anderes Bundesland im heurigen Frühjahr des Abschlusses des Staatsvertrages vor 25 Jahren gedachte, und zwar nicht nur aus Nostalgie. Die Rückblendung auf die Jahre 1945 bis 1955 sollte uns vielmehr bewußt machen, daß die Wiedererlangung der vollen Freiheit und der Unabhängigkeit ein politischer Auftrag ist, dem wir uns auch heute und gerade heute verpflichtet fühlen müssen. Oder könnte jemand leugnen, daß wir diese Verschärfung der internationalen Situation nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu spüren bekommen? Ich will nur ein Beispiel erwähnen, die Verteuerung der Preise für Erdöl und Erdgas, die ihrerseits wieder die Inflation anheizen und dadurch die Lösung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Probleme weiterhin erschweren. Es wäre Selbsttäuschung zu glauben, das alles habe nichts mit der Verwirklichung unserer landespolitischen Konzeption zu tun. Wir müssen diese Tatsachen zur Kenntnis nehmen und ihnen auch in unserem Bereich Rechnung tragen. Konkret meine ich damit zum Beispiel, daß auch wir uns künftig mehr Gedanken machen müssen, wie wir echten Krisensituationen vorbeugen und was wir zusätzlich tun können, um dem Verlangen unserer Bevölkerung nach Sicherheit Rechnung zu tragen. Dazu gehört auch die Bevorratung für Krisenzeiten. Damit wird sich auch die Planungsgemeinschaft Ost, also Wien, Burgenland und Niederösterreich, gemeinsam eingehend befassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Situation scheint mir für alle, die in diesem Lande Verantwortung tragen, Besonnenheit, Nüchternheit und auch Offenheit unerläßlich zu sein. Was ich am Beginn der neuen Legislaturperiode, das war am 21. Juni 1979, hier im Hohen Hause sagte, gilt heute mehr denn je. Wir dürfen uns nicht mehr vornehmen, als wir realisieren können. Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können. Wir dürfen die Bevölkerung nicht in Illusionen wiegen, sondern wir müssen ihr stets reinen Wein einschenken. Was jedoch in ernsten Zeiten besonders nottut, ist ein Höchstmaß an vernünftiger Zusammenarbeit. Da hat der Sinnspruch, der auf einem alten Bürgerhaus in Lindau am Bodensee zu lesen ist, nach wie vor vollinhaltlich Geltung: „Durch Eintracht werden

kleine Dinge groß, durch Zwietracht wird man große Dinge los.“ Ich hätte deshalb dem Hohen Landtag heute gerne einen Bericht der Landesregierung und nicht nur einen Bericht des Landeshauptmannes präsentiert. Das wäre meines Erachtens aber sicherlich nicht zweckdienlich gewesen, da die in der Parteienvereinbarung vom 17. April 1979 vorgesehene gemeinsame Regierungserklärung ebenfalls nicht zustande gekommen ist. Die Frage nach dem Warum möchte ich heute nicht neuerlich beantworten, sondern ich möchte nur die Tatsache festhalten. Primär ist jedenfalls nicht die Existenz oder die Nichtexistenz einer Parteienvereinbarung für das politische Geschehen entscheidend, sondern der Geist, in dem Politik oder die Politik gestaltet wird. Deshalb sagte ich auch in meiner Erklärung am 21. Juni 1979 hier im Landtag wörtlich: „Ich bedaure es sehr, daß es zu keiner gemeinsamen Regierungserklärung gekommen ist, weil wir der Meinung waren, daß eine Zusammenarbeit mehr im Interesse unserer Bevölkerung gelegen ist als ein Gegeneinander. Das soll uns aber nicht daran hindern, die positiven Aspekte der Parteienvereinbarung zu realisieren. Denn die Tatsache, daß es zu keiner gemeinsamen Regierungserklärung gekommen ist, enthebt uns nicht von der Verpflichtung, auch in der neuen Legislaturperiode für Niederösterreich und seine Bevölkerung zu arbeiten. Das ist der Auftrag, der uns gegeben wurde.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe, meine Damen und Herren, deshalb wörtlich zitiert, weil die Feststellungen dieses Passus durch die Wirklichkeit im positiven Sinne, das möchte ich feststellen, bestätigt wurde. Im ersten Jahr der laufenden Legislaturperiode, und zwar bis zum 6. Juni 1980, hielt die Landesregierung 42 Sitzungen ab. Von insgesamt 1.680 Beschlüssen wurden nur 18 Beschlüsse mit Mehrheit gefaßt und in sechs Fällen davon handelte es sich um Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen der Bundesregierung. Es ist daher die Feststellung gerechtfertigt, daß auch ohne Existenz eines Parteienübereinkommens ein Höchstmaß an vernünftiger Zusammenarbeit praktiziert wurde. Dennoch wiederhole ich, daß wir jederzeit für Gespräche über ein neues Parteienübereinkommen offen stehen. Weil ich ein Verfechter der Zusammenarbeit bin, würde ich es bedauern, wenn bereits jetzt, ein Jahr nach der letzten und vier Jahre vor der nächsten Landtagswahl zum Wahlkampf geblasen würde. Verschiedene Aussagen und Interviews in letzter Zeit lassen solches zumindest befürchten. Mein Ersuchen an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, darüber hinaus

aber an alle Funktionäre in den politischen Parteien, geht in eine andere Richtung: Nutzen wir die vor uns liegenden drei wahlfreien Jahre zu einer intensiven Arbeit, zum konsequenten Weiterbau des modernen, neuen Niederösterreich! Das kann und das wird uns nur möglich sein, wenn wir unsere gesamten politischen Kräfte einzig und allein für dieses Ziel mobilisieren. Wir können es uns ja nicht leisten, auch nur einen Teil davon in ein permanentes Gegeneinander zu investieren. Wer mehr auf die Konfrontation als auf die Kooperation setzt, der würde nicht im Sinne des Mandatsauftrages handeln, das ihm die Niederösterreicher im vergangenen Jahr gegeben haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sicherlich ist es richtig, daß die Entscheidung der Wähler nicht von der Wahlwerbung in den letzten vier oder fünf Wochen vor dem Wahltag bestimmt wird, sondern eben von der Bewährung der Parteien in der gesamten Legislaturperiode. Bestehen werden diese Bewährungsproben aber nur jene Parteien, die ihr Mandat als einen verpflichtenden Auftrag der Wähler zu permanenter Arbeit und auch zur Zusammenarbeit verstehen. Das Bekenntnis zu einem Höchstmaß an vernünftiger Zusammenarbeit bedeutet keineswegs eine Absage an die ideologische und politische Profilierung der einzelnen Parteien. Im Gegenteil, diese Profilierung ist durchaus zu begrüßen. Je stärker die Politik durch einen echten Wettstreit an Ideen bestimmt wird, desto größer werden die Leistungen sein.

(Dritter Präsident Reiter übernimmt den Vorsitz.)

Entscheidend jedoch ist, was Bundespräsident Renner einmal gesagt hat. Er hat gesagt: „Die Parteien dürfen niemals vergessen, daß sie nur Parts, also ein Teil, niemals aber das Ganze sind.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wesentliche Voraussetzung dafür, daß wir den uns erteilten Auftrag erfüllen können, bezeichnete ich am 21. Juni vorigen Jahres auch eine kooperative Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften. Darum und um nichts anderes geht es auch bei der in letzter Zeit recht hitzig geführten Diskussion um den Föderalismus. Weil es da scheinbar auch irrige Ansichten gibt, möchte ich eines ganz offen vor diesem Hohen Hause feststellen: Zur Verteidigung des Föderalismus ist ein spezieller Auftrag des Landtages gar nicht erforderlich. Dazu bin ich auf Grund meines Amtes und meiner Funktion verpflichtet, und zwar auf Grund des Gelöbnisses, das ich nach meiner Wahl zum Landeshauptmann hier vor dem Hohen Hause abge-

legt habe. Wer sich dagegen zur Wehr setzt, daß der föderalistische Aufbau unseres Landes politisch und wirtschaftlich immer stärker ausgehöhlt wird, der predigt kein „Los von Österreich“, der kämpft lediglich dafür, daß unsere Bundesverfassung nicht nur den Buchstaben nach, sondern auch sinngemäß gehandhabt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe es auch schon einmal in diesem Hohen Hause gesagt, möchte aber, weil es heute aktueller denn je ist, wiederholen. Wir bekennen uns zum Föderalismus aus menschlichen Gründen, denn immer mehr Menschen wollen in überschaubaren Gemeinschaften leben, dort, wo sie echt die Möglichkeiten haben, auch wirklich frei zu sein. Wir bekennen uns zum Föderalismus aus politischen Gründen, denn der Föderalismus verhindert ungesunde Machtzusammenballungen und gewährleistet den Ausgleich der politischen Kräfte. Mit anderen Worten, er schützt den einzelnen Bürger vor allzu großer Abhängigkeit. Wir bekennen uns zum Föderalismus aus wirtschaftlichen Gründen, denn Länder und Gemeinden wissen selbst am besten, wie sie die ihnen rechtens zustehenden Mittel am sinnvollsten verwenden können.

Daß die heutige Praxis dem Geist der Verfassung nicht entspricht, das bestätigt wohl die Tatsache, daß alle Bundesländer durch die Verwirklichung eines gemeinsam beschlossenen Forderungsprogrammes eine Erweiterung ihrer Kompetenzen erreichen wollen, das heißt, daß sich alle gemeinsam benachteiligt fühlen. Das und nicht mehr, meine Damen und Herren, haben auch die Landesregierung und der Landtag bei der Vorarlberger Volksabstimmung am 15. Juni dieses Jahres verlangt. Alles andere, was gesprochen und diskutiert wird, entspricht nicht den Tatsachen. Deshalb stehe ich auch nicht an, die Entscheidung der Vorarlberger Bevölkerung als einen wertvollen Beitrag zu den Bemühungen, das von allen Bundesländern einstimmig beschlossene Forderungsprogramm durchzusetzen, zu interpretieren.

Eines muß dabei allerdings klar sein. Die Länder, auch Niederösterreich, können nicht länger durch Vorfinanzierungen und ähnliches für den Bund in die Bresche springen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Anbetrachts dieser Situation ist es im eigenen Bereich unerläßlicher denn je, mit den Steuergeldern sparsam und verantwortungsbewußt umzugehen. Die Hauptaufgabe in der neuen Legislaturperiode bleibt es deshalb, so sagte ich vor einem Jahr, die Finanzen des Landes erst recht in Ordnung zu halten, denn nur dann können wir — auch unter erschwerten Bedingungen — jene Aufgaben erfüllen, die im Interesse der

niederösterreichischen Bevölkerung Vorrang haben müssen.

Der Rechnungsabschluß, der von der Landesregierung am 10. Juni 1980 einstimmig beschlossen worden ist und den Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute diskutieren und wahrscheinlich zur Kenntnis nehmen werden, darf als Beweis dafür gelten, daß wir dieser Verpflichtung nachgekommen sind, obwohl es nicht zu verhindern war, daß der Schuldenstand weiter angestiegen ist. Entscheidend bleibt jedoch, daß es uns möglich war, so wie vorgesehen, fast 7 Milliarden Schilling für arbeitsplatzsichernde Investitionen zur Verfügung zu stellen. Eine weitere detaillierte Bilanz über die Realisierung der wirtschaftspolitischen Vorhaben möchte ich mir und Ihnen ersparen, da sie in der letzten Landtagssitzung am 26. Juni ja bereits in einer sehr breit aufgefächerten Diskussion vorweggenommen wurde. Ich möchte mich heute allgemein auf die Feststellung beschränken, daß die Verwirklichung der Schwerpunkte für diese Legislaturperiode konsequent in Angriff genommen bzw. weitergeführt wurde. Konkret meine ich damit die Erhaltung der Vollbeschäftigung ebenso wie einen wirksamen Umweltschutz, eine moderne Raumordnungspolitik, mehr Mitspracherecht für die Bevölkerung, die Förderung der Familien und eine Fortsetzung der Sozialoffensive. Für jeden der einzelnen Schwerpunkte könnte ich jetzt Dutzende von Beispielen anführen. Einige wenige sollen für alle erwähnt werden.

Erstens: Weil wir Politik in erster Linie als Dienst am Menschen verstehen, fühlen wir uns verpflichtet, den Freiheitsraum jedes einzelnen Bürgers soweit als möglich abzustekken und ihn im verstärkten Maße an politischen Entscheidungen aktiv mitwirken zu lassen. Die neue Landesverfassung sieht eine ganze Reihe solcher Möglichkeiten vor. Was bisher fehlte, das waren die notwendigen Ausführungsgesetze. Ich wies deshalb vor einem Jahr darauf hin, daß die grundsätzlich beschlossenen neuen Einrichtungen zur Verlebendigung der Demokratie erst nach der Verabschiedung dieser Ausführungsgesetze voll zur Geltung kommen könnten. Die entsprechenden Vorlagen, sie betreffen die Artikel 25, 26, 27, 28, 46 und 47 der neuen Landesverfassung, sind jetzt ausgearbeitet und befinden sich bereits im Begutachtungsstadium. Der Hohe Landtag wird sich also in Kürze mit ihnen beschäftigen können.

Zweitens: Die Richtlinien für den Beitrag des Landes zum Transport vom und zum Kindergarten wurden von der Landesregierung am 27. November 1979 beschlossen. Ich freue mich mitteilen zu können, daß bereits 1,7 Mil-

lionen Schilling für das erste Halbjahr zur Verfügung gestellt wurden und in der letzten Landesregierungssitzung beschlossen werden konnten. Insgesamt sind für das erste Halbjahr 1980 396 Anträge eingebracht worden; 346 davon konnten, da sie den Richtlinien entsprechen haben, berücksichtigt werden. Von diesen 346 Anträgen entfallen 201 Anträge auf Gemeinden und 145 auf Elternvereinigungen. Die für 1980 zur Verfügung stehenden Budgetmittel betragen 3 Millionen Schilling.

Drittens: Der versprochene Beitrag des Landes für die Beaufsichtigung von Schülern allgemein-bildender öffentlicher Pflichtschulen außerhalb des Unterrichtes wird ebenfalls noch heuer wirksam werden. Die Voraussetzungen bzw. die Richtlinien für die Gewährung dieses Zuschusses sind den Gemeinden mit Rundschreiben vom 30. April 1980 bekanntgegeben worden.

Viertens: Die beiden zuletzt genannten Maßnahmen tragen unserer Absicht Rechnung, die Familien zu fördern. Bei der Behandlung des Rechnungsabschlusses 1976 kündigte ich die Absicht an, den Interessen und den Anliegen der Familien in verstärktem Maße Rechnung zu tragen. Familienpolitik darf keine zeitlich limitierte Aufgabe sein. Sie muß uns ein permanentes Anliegen sein. Familienpolitik verstehen wir dabei im weitesten Sinne. Unser Ziel ist es, alle Lebensbereiche nach den Erfordernissen der Familien zu gestalten. Das ist nicht nur richtig, sondern, meine Damen und Herren, das ist eine absolute Notwendigkeit. Denn in letzter Konsequenz sind die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik, die Bildungspolitik, die Wohnbaupolitik, die Bemühungen um die Sicherung der Arbeitsplätze, die Raumordnungspolitik und auch die Kulturpolitik, Familienpolitik. Ein weiterer entscheidender Grundsatz: Familienpolitik darf nicht darauf abzielen oder darauf hinauslaufen, die Familien in immer mehr Abhängigkeit zu bringen, sie soll vielmehr den Familien die Möglichkeit geben, ihre Probleme selbst zu lösen, sich selbst zu helfen. Auf dieser Linie liegen der bereits erwähnte Beitrag des Landes für den Transport vom und zum Kindergarten und der ebenfalls bereits erwähnte Zuschuß zu den Kosten, welche die Beaufsichtigung der sogenannten Fahrschüler verursachen, aber auch die bereits wirksam gewordene Erhöhung des Hausstandsgründungsdarlehens für junge Familien auf 100.000 Schilling.

Familienpolitik ist aber nicht nur eine Frage des Geldes. Materielle Förderungsmaßnahmen können nämlich erst dann zum Tragen